

AUSGABE 3-4/2015

SICHERHEITS- GEMEINSCHAFT

DAS OSZE MAGAZIN



Übersicht »



1 Schytomyr In dieser wirtschaftlich schwachen Stadt in der Nordwestukraine sponsert die OSZE das Nähatelier Barwysta und eröffnet damit armutsgefährdeten Frauen eine Möglichkeit, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Seite 10

2 Belgrad Serbien richtete im Dezember den Ministerrat aus, der Gelegenheit zu dringend notwendigen multilateralen und bilateralen Gesprächen auf hoher Ebene über die schwerwiegenden Sicherheitsfragen im OSZE-Raum bot. Seite 17

3 Tirana Bei ihrer Zusammenkunft in der albanischen Hauptstadt im März vergangenen Jahres hatten die Aarhus-Zentren Südosteuropas die Idee, ein regionales Netzwerk zur Einbindung der Bürger in Umweltfragen zu gründen. Seite 28

4 Kabul Die afghanischen Frauen auf der Suche nach neuen Wegen, wie sie zur Sicherheit ihres Landes beitragen können. Zwei prominente Aktivistinnen geben Auskunft darüber. Seite 32

Inhalt »

Ausgabe 3-4, 2015

4 **HELSINKI +40**
Das Werden der Schlussakte von
Helsinki – eine Betrachtung aus
Belgrad

8 **UKRAINE**
Die OSZE in der Ukraine: Update
Juli 2015 bis Januar 2016

Selbstständigkeit durch
wirtschaftliche Ermächtigung in
Schytomyr: Hüte aller Art

13 **INSERT**
Interview mit Frank-Walter
Steinmeier, Amtierender
Vorsitzender der OSZE

Der Ministerrat in Belgrad:
Trotzdem im Gespräch bleiben

24 **INTERVIEW**
Akzeptieren, was ist, und etwas
daraus machen: Interview mit
Adam Kobieracki

28 **UMWELT**
Aarhus-Zentren in Südosteuropa:
Ein regionales Netzwerk

32 **IM BRENNPUNKT**
Frauen in Afghanistan: Den
Frieden bewahren

„Sie leisten Großartiges“: Shukria
Barakzai

„Frauen sind für die
Nationenbildung unverzichtbar“:
Hasina Safi

Die OSZE,
Geschlechtergleichstellung und
Afghanista

38 **KULTUR**
Eine neue afghanische
Künstlergeneration: Das Kabul
Art Project

42 **AUSLESE**

Sicherheitsgemeinschaft

Herausgegeben vom OSZE Sekretariat
Abteilung Kommunikation und Medienbeziehungen
Wallnerstraße 6

1010 Wien, Österreich

Telefon: +43 1 51436 6267

oscemagazine@osce.org

Verfügbar als Druckausgabe in Englisch und Russisch,
online in den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch,
Italienisch, Russisch und Spanisch unter

www.osce.org/magazine

Die in den Artikeln vertretenen Ansichten geben die
Meinung der Verfasser und nicht notwendigerweise den
offiziellen Standpunkt der OSZE und ihrer Teilnehmersta-
ten wieder.

Redaktion:

Ursula Froese

Redaktionelle Mitarbeit:

Miroslava Beham, Ursula Froese, Alexey Lyzhenkov,
Marcel Pesko, Sandra Sacchetti, Desiree Schweitzer

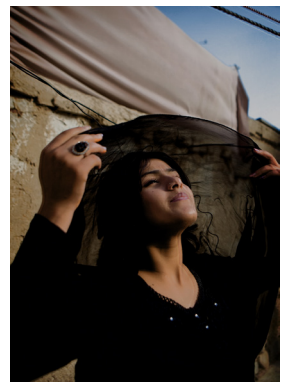
Gestaltung und Illustration:

Alexandar Rakocevic ,AVD

Druck:

Das Magazin „Sicherheitsgemeinschaft“ setzt sich für die
Entwicklung einer Gemeinschaft von Menschen ein, die
sich der Förderung von Vertrauen und Stabilität im
gesamten OSZE Raum verschrieben haben. Schriftliche
Beiträge zu einzelnen Aspekten der politisch-militärischen,
ökonomischen und ökologischen sowie der menschlichen
Sicherheit sind willkommen (redaktionelle Bearbeitung
vorbehalten).


Welche Beiträge veröffentlicht werden, liegt im Ermessen
der OSZE. Für veröffentlichte Beiträge wird kein Honorar
bezahlt. Schreiben Sie bitte an: oscemagazine@osce.org.
Die OSZE dankt allen Autoren und Künstlern für ihre
Beiträge.



Titelbild

Ein afghanisches
Mädchen beim Anlegen
des Kopftuchs bevor
es aus dem Haus geht,
Kabul (Afghanistan),
2009 (Detail)
© Farzana Wahidy
Siehe auch Seite.32.

Folgen Sie uns auf Social Media:

 Twitter: @osce; @osce_ru

 Facebook: [osce.org](https://www.facebook.com/osce.org)

 Instagram: osceorg

Das Werden der Schlussakte von Helsinki – eine Betrachtung aus Belgrad

Als die erste Phase der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im Juli 1973 in Helsinki zu Ende ging, war jedem bewusst, dass dies ein erster historischer Schritt zur Beendigung des Kalten Kriegs war. Doch die Schlussakte von Helsinki war noch nicht geschrieben. Das Übereinkommen, der künftige Grundpfeiler der Europäischen Sicherheit, entstand erst in der zweiten Phase der Konferenz, die nicht in Finnland, sondern in Genf (Schweiz) vom 18. September 1973 bis 1. August 1975 stattfinden sollte.

Es war ein neues Experiment in den internationalen Beziehungen. Die Geschäftsordnung sah vor, dass die Stimme eines jeden Landes dasselbe Gewicht hatte und daher jedes Land berechtigt war, sein Veto einzulegen. Es gab mehr als tausend Vorschläge. Der Osten lag im Wettstreit mit dem Westen darüber, wer mehr Standpunkte durchbringen würde. Die neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten vermittelten, vertraten zugleich aber auch ihre eigenen Anliegen.

Vladimir Bilandžić war damals ein junger Research Fellow für internationale Politik und Wirtschaft in Belgrad. Er war als Experte für internationale Sicherheit den größten Teil des zweiten Jahres Mitglied der Delegation Jugoslawiens bei den Genfer Verhandlungen. Er erinnert sich an die Dynamik der Verhandlungen und daran, dass Jugoslawien besonders daran gelegen war, eine „weltweite Dimension“ in das Übereinkommen über europäische Sicherheit einzubringen.

Wie waren die Genfer Treffen organisiert?

Die Treffen in Genf fanden erst in der Villa Moynier in der Nähe des Palais des Nations statt, ehe sie in die Räumlichkeiten der Internationalen Arbeitsorganisation und schließlich in das neue

internationale Konferenzzentrum in Genf übersiedelten. Sie waren ein Potpourri aus formellen und informellen Zusammenkünften. Die Plenarsitzungen fanden einmal pro Woche statt, später, als die Verhandlungen dem Ende zuzingen, auch häufiger, da die Delegationsleiter über die umstrittensten Formulierungen des Textes zu einem Kompromiss kommen mussten.

Es gab einen Ausschuss zu jedem der drei Körbe – zu Sicherheit und den Grundprinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten (der sogenannte Helsinki-Dekalog), zu Wirtschafts- und Umweltfragen und zu humanitären Angelegenheiten. Es gab auch eigene Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen, wie etwa zum Mittelmeerraum und zur Nichtanwendung von Gewalt. Ein Großteil der Verhandlungen wurde eigentlich außerhalb des Konferenzsaals in den Nebenräumen geführt; die langen Kaffeepausen wurden dann für informelle und bilaterale Verhandlungen genutzt.



Das Zentrum William Rappard, ehemaliger Sitz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf (Schweiz), wo von 1973 bis 1974 die KSZE-Verhandlungen stattfanden (Foto: Lamerica)

„Jugoslawien förderte die ‚Weltdimension‘, wie man sie damals salopp nannte. Es bestand darauf, dass man die Sicherheit in Europa nicht losgelöst von der Sicherheit in anderen Regionen sehen könne, dass Europa keine Insel des zivilisierten Umgangs miteinander sein könne, wenn der Rest der Welt in Unterentwicklung und Konflikten stecken bliebe.“

Im letzten Monat der Verhandlungen, also im Juni 1975, dauerten die Verhandlungen oft bis spätnachts, doch gab es vor diesem Sommer auch Phasen, in denen es gemächlicher zuging. Natürlich waren da auch andere internationale Ereignisse, die sich auf die Diskussionen auswirkten – wie etwa das Ende des Vietnamkriegs –, aber die Verhandlungen gingen unbeeinflusst von diesen größeren Entwicklungen weiter.

Grundsätzlich gab es drei Gruppen von Staaten – die westlichen Staaten, die Sowjetunion und die Mitglieder des Warschauer Paktes und die neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten. Zu letzterer Gruppe gehörten vier neutrale Staaten und Jugoslawien, zu denen sich später noch Malta und Zypern gesellten. Das ebenfalls neutrale Irland war jedoch nicht Mitglied dieser Gruppe.

Welche Rolle hatten die neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten?

Anfangs war es hauptsächlich eine Vermittlerrolle, die gefragt war, wenn ein Mittelweg zwischen den beiden Blöcken gefunden werden musste. Später vertrat die Gruppe dann auch ihre eigenen Interessen und brachte eigene Vorschläge ein, darunter einen über vertrauensbildende Maßnahmen.

Es gab einen Prozess für die Einigung auf gemeinsame Standpunkte. Die Gruppe war heterogen, ihr Bereich gemeinsamer Interessen beschränkte sich anfangs hauptsächlich auf militärische Sicherheit und verwandte Fragen, wurde aber später größer. Einige Länder, wie Österreich, die Schweiz und Schweden, übernahmen eine führende Rolle bei den Menschenrechten. Da Jugoslawien damals kein demokratisches Land mit einem Mehrparteiensystem war, konnte es sich nicht so weit vorwagen, wie andere. Trotzdem war da

ein gemeinsamer Nenner, wie beispielsweise bei den Rechten nationaler Minderheiten.

Jugoslawien förderte die „Weltdimension“, wie man sie damals salopp nannte. Es bestand darauf, dass man die Sicherheit in Europa nicht losgelöst von der Sicherheit in anderen Regionen sehen könne, dass Europa keine Insel des zivilisierten Umgangs miteinander sein könne, wenn der Rest der Welt in Unterentwicklung und Konflikten stecken bliebe. Daher vertrat es die Auffassung, diese „Weltdimension“ oder, anders gesagt, ein globaler Ansatz, sollte in den Text der Schlussakte von Helsinki Eingang finden. Und tatsächlich enthielten dann einige Bestimmungen Formulierungen in diesem Sinne. So anerkannten die Teilnehmerstaaten etwa in der Einleitung zur Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten, „die Notwendigkeit, dass jeder von ihnen seinen Beitrag zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in der Welt leistet“. Und unter Prinzip IX (Zusammenarbeit zwischen den Staaten) ist festgelegt, dass sie „das Interesse aller berücksichtigen werden, insbesondere das Interesse der Entwicklungsländer in der ganzen Welt, Unterschiede im Stand der wirtschaftlichen Entwicklung zu verringern“. Ein weiteres Beispiel dafür findet sich in dem Abschnitt zu den Fragen im Zusammenhang mit der Abrüstung; dort heißt es, dass die Teilnehmerstaaten davon überzeugt sind, dass wirksame Maßnahmen auf diesem Gebiet „zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in der ganzen Welt führen sollen“.

Natürlich hat sich das alles nach dem Fall der Berliner Mauer und den nachfolgenden Entwicklungen in Europa, der Auflösung Jugoslawiens und der Erweiterung der Europäischen Union geändert. Ich halte es jedoch nach wie vor für interessant, die Dynamik der damaligen Verhandlungen zu analysieren.

Wie haben die Verhandlungen in der Praxis funktioniert?

Ganz generell galt die Regel, dass im Wortlaut der Schlussakte von Helsinki „nichts als vereinbart gilt, solange nicht alles vereinbart ist“. Dieser Satz wurde immer wieder ins Treffen geführt. Das hieß theoretisch, dass das gesamte Dokument nicht als vereinbart galt, wenn nur ein einziger Absatz nicht verabschiedet worden wäre. Das war tatsächlich das damalige Konzept.

Und so war der Text dann auch übersät mit Klammern. Wenn eine Delegation sah, dass man sich auf einen bestimmten Teil des Wortlauts nicht einigen konnte, dann schlug sie einfach vor, den betreffenden Textteil in Klammern zu setzen, weiterzumachen und zu einem späteren Zeitpunkt darauf zurückzukommen, um die Verhandlungen nicht zu unterbrechen. Man entwickelte eine gewisse Meisterschaft in der Verwendung von Klammern, die so weit ging, dass zeitweise mehr Text in den Klammern stand, als außerhalb. Manchmal kreiste die Diskussion um die Kommata in einem Satz – wie zum Beispiel beim Prinzip über die Unverletzlichkeit der Grenzen und bei der Frage, wie Grenzen mit friedlichen Mitteln verändert werden können. Als die Verhandlungen dem Ende zuzingen, stellte sich die Frage der verschiedenen Sprachfassungen, der Übersetzung des Englischen, in dem der Text ja verfasst war, ins Russische, Deutsche, Französische, Italienische und Spanische. Einige Delegationen hatten Sorge, dass eine Verpflichtung im Englischen präziser formuliert sein könnte als in anderen Sprachfassungen.

Es waren äußerst komplizierte Verhandlungen. Manche Teile des Dokuments hingen von anderen ab. Der Konsens zu einem Satz oder Prinzip war mit der Zustimmung zu einem anderen Satz oder Prinzip verknüpft. Häufig gab es das, was wir als Paketlösung bezeichneten, sogar über die Grenzen eines Korbes hinweg.

Doch die Konsensregel stand außer Streit – sie wurde unter allen Umständen eingehalten. So konnte jede Delegation, sogar die kleinste, in Vertretung des kleinsten Landes, einen Beschluss verzögern oder blockieren. Das geschah dann auch tatsächlich kurz vor dem eigentlichen Ende, als der ganze Wortlaut der Schlussakte von Helsinki beschlossen werden sollte und Malta auf einer Formulierung betreffend den Mittelmeerraum bestand und dadurch die

Konferenz für fast zwei Tage blockierte, so lange, bis eine Kompromissformel gefunden wurde. Das machte damals Schlagzeilen in allen Zeitungen.

Dann gab es auch noch einen sehr kreativen Umgang mit den Zeigern der Uhr am letzten Abend der Verhandlungen, als um Mitternacht die Frist für die Einigung über den Text der Schlussakte verstrich. Man hielt einfach die Zeiger der Uhr im Konferenzsaal an und damit die Fiktion aufrecht, der Text wäre innerhalb der gesetzten Frist verabschiedet worden.

Aus heutiger Sicht scheinen zwei Jahre für die Aushandlung eines Dokuments vielleicht eine sehr lange Zeit, aber man muss sich vor Augen halten, dass die Schlussakte von Helsinki anfangs nicht mehr war als ein fast unbeschriebenes Blatt Papier. Auf die Grundprinzipien hatte man sich in Helsinki im Zuge des Vorbereitungstreffens bereits geeinigt, nicht jedoch auf den Wortlaut selbst. Daher sind zweijährige Verhandlungen keine so lange Zeit für ein Dokument von der Tragweite der Schlussakte von Helsinki.

Wie fällt ein Vergleich der damaligen und der heutigen Verhandlungen in der OSZE aus Ihrer Sicht aus?

Damals wie heute ist die Konsensregel ehernes Gesetz – daran hat sich nichts geändert. Europa ist heute, trotz aller Schwierigkeiten, offensichtlich wesentlich geeinter als damals. In jener Zeit war man sich allgemein der Tatsache bewusst, damit in den internationalen Beziehungen Neuland betreten zu haben. Allen Teilnehmerstaaten war es ein Anliegen, ein Dokument auszuarbeiten, das die Sicherheit in Europa stärken würde; niemand wollte ein Scheitern der Vereinbarung riskieren. Rückblickend gesehen, glaube ich, dass die Konferenz gar nicht anders konnte, als ein Erfolg zu werden. Aber es war kein leichter Erfolg. Die politischen Systeme waren damals sehr verschieden, ebenso die Wertesysteme.

Es gab vielleicht eine Tendenz, die Dinge – ich möchte nicht sagen, ernster zu nehmen, aber Worte hatten damals großes Gewicht. Jeder Satz wurde auf die Waagschale gelegt. Das war durchaus üblich, wurde aber auch zu einer Art Wettbewerb zwischen den beiden Seiten, bei dem es darum ging, wessen Interessen den Sieg davon tragen würden. Es war auch eine Rivalität der Ideologien, und

in manchen Kreisen wurde das ganze Unternehmen mit Skepsis betrachtet. Daher musste man die Hauptstädte, die Menschen daheim, davon überzeugen, dass der Prozess insgesamt Vorteile bringen würde.

Alles, was die OSZE von heute ausmacht, war bereits in irgendeiner Form in der Schlussakte von Helsinki enthalten. Viele operative Bestimmungen haben heute keine Bedeutung mehr, aber die Grundprinzipien sind nach wie vor gültig und die Grundwerte, wie die Menschenrechte oder die souveräne Gleichheit der Staaten, sind nach wie vor weitgehend eine Frage von Legitimität, wenn es um die friedliche Regelung von Streitfällen geht. Auch die militärischen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, die zwar im Vergleich zu den heutigen bescheiden anmuten, waren wirklich bahnbrechend, da sich damit Länder erstmals dazu verpflichteten, militärische Manöver vorher anzukündigen, um Missverständnisse zu vermeiden und Risiken zu vermindern.

Eines der wichtigsten Dinge jedoch, ohne die sich die OSZE nicht zu der internationalen Organisation entwickelt hätte, die sie heute ist, war selbstverständlich die Übereinkunft, den Prozess fortzusetzen. Als die Konferenz begann, stand keineswegs fest, dass alle Staaten bereit sein würden, weiterzumachen. Einige waren der Auffassung, die Schlussakte von Helsinki sollte der Endpunkt der ganzen Sache sein. Doch dann wurde beschlossen, ein Folgetreffen abzuhalten – in Belgrad. Weshalb ausgerechnet Belgrad? Jugoslawien gehörte zur Gruppe der neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten und hatte (anders als die Schweiz und Finnland) bis dato noch keine Veranstaltung ausgerichtet. Es war auch in der blockfreien Bewegung im Rahmen der Vereinten Nationen sehr aktiv und hatte damals starke Bande zum Mittelmeerraum. Die Genfer Verhandlungen über die Schlussakte von Helsinki waren also ein Anfang und kein Endpunkt, was ich für überaus wichtig halte. ■

Nach der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki nahm Vladimir Bilandžić an KSZE Folgetreffen und Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) teil. Heute ist er nationaler Sonderberater für VSBM bei der OSZE Mission in Serbien.

Das ist der dritte Artikel einer Serie zur Schlussakte von Helsinki, die Sicherheitsgemeinschaft anlässlich des 40. Jahrestags dieses Grundlagendokuments der OSZE veröffentlicht. Die ersten beiden Artikel „Zurück zum Geist von Helsinki“ von Lamberto Zannier und „Zweiter Korb – wohin führt der Weg?“ von Kurt P. Tudyka erschienen in Ausgabe 1/2015 und Ausgabe 2/2015.

Weiterführende Lektüre:

Einen umfassenden Bericht über den KSZE-Prozess durch einen Teilnehmer aus dem ehemaligen Jugoslawien gibt der Artikel „Problems of Security and Cooperation in Europe“ von Ljubivoje Aćimović (Sijthoff & Noordhoff, 1981), der ursprünglich auf Serbokroatisch unter dem Titel „Problemi bezbednosti i saradnje u Evropi“ erschienen ist.



Josip Broz Tito, Präsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, bei der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Jugoslawien trat für dafür ein, in die Schlussakte von Helsinki eine „Weltdimension“ einzubeziehen. An die Delegierten richtete Tito am 3. Juli 1973 eine Botschaft folgenden Inhalts: „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa können nur dann auf einem Fundament ruhen, das Bestand hat, wenn in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas und insbesondere im Nahen Osten sowie in anderen Teilen der Welt die Brutstätten von Konflikten und deren tiefere Ursachen beseitigt sind und wenn die Teilnehmerstaaten in ihren Beziehungen zu anderen Ländern dieselben Grundsätze beachten, wie diejenigen, die sie bei der Konferenz als Grundlage für ihre gegenseitigen Beziehungen verabschiedet. Die Teilnehmerstaaten, die den am höchsten entwickelten Teil der Welt darstellen, sollten in gleicher Weise in Zukunft größere Anstrengungen unternehmen, um im allgemeinen Interesse ebenso wie in ihrem eigenen die Kluft zwischen entwickelten und unterentwickelten, zwischen reichen und armen Ländern zu verringern, da diese Kluft eine ständige und gefährliche Quelle für Instabilität und Konflikte in der Welt ist.“

Die OSZE in der Ukraine

Update Juli 2015 bis Januar 2016

Die OSZE reagiert an vielen Fronten auf die Krise in der und um die Ukraine. Der nachstehende Artikel schildert die Ereignisse seit den Berichten in den Ausgaben 2/2014, 3/2014 und 1/2015.

Mediation und Verhandlung

Die Trilaterale Kontaktgruppe, die in Minsk zusammentritt, besteht aus Vertretern der Ukraine, der Russischen Föderation und der OSZE, letztere vertreten durch den Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden, Martin Sajdik, und ihren vier Arbeitsgruppen für politische, Sicherheits-, humanitäre und wirtschaftliche Fragen. Sie bemühte sich weiter um eine Lösung der Krise in der und um die Ukraine. Die Trilaterale Kontaktgruppe und Vertreter der sogenannten „Volksrepublik Donezk“ und „Volksrepublik Luhansk“ vereinbarten eine erneute Feuerpause in der Ostukraine ab dem 1. September, die jedoch seit November 2015 verstärkt unter Druck geraten ist.

Am 29. September einigte sich die Arbeitsgruppe für Sicherheitsfragen auf einen Zusatz zum Minsker Maßnahmenpaket, der den Abzug von Panzern, Artillerie mit einem Kaliber von bis zu 100 Millimetern und Granatwerfern mit einem Kaliber von bis zu 120 Millimetern aus der Ostukraine vorsieht. (Das Maßnahmenpaket für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen wurde am 12. Februar 2015 von den Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine vereinbart.)

Die Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier (2016) und der serbische Außenminister Ivica Dačić (2015), der OSZE-Generalsekretär der OSZE, Lamberto Zannier, sowie der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Ilkka Kanerva, nutzten auch dieses Jahr jede sich bietende Gelegenheit, um eindringlich zur Einstellung der Kampfhandlungen und zur Erfüllung der Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen aufzurufen.

Beobachtung

Die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) beobachtete weiter die Sicherheitslage in der Ukraine und den im Zusatz zum Minsker Maßnahmenpaket geforderten Waffenabzug. Sie suchte auch wieder den Kontakt mit der Bevölkerung in allen Landesteilen, um Spannungen abzubauen, und gab ihre öffentlich zugänglichen täglichen und themenbezogenen Berichte heraus (zuletzt zum Zugang zu Wasser und Zugang zur Justiz in den vom Konflikt betroffenen Gebieten).

Zur Verstärkung der Präsenz der Beobachter an der Kontaktlinie, wo es zu den meisten Zwischenfällen kommt, richtete die SMM acht Außenposten ein, fünf in Gebieten unter Regierungskontrolle – Wolnowacha, Krasnoarmijsk, Switlodarsk (Region Donezk), Nowoajdar und Stanzja Luhanska (Region Luhansk) – und drei in Gebieten, die nicht mehr unter Regierungskontrolle stehen – Stachanow (Region Luhansk), Horliwka und Debalzewe (Region Donezk).

Seit dem Frühjahr 2015 vermittelte die SMM örtliche Feuerpausen, um sichere Bedingungen für Reparaturarbeiten an wichtigen Gas-, Wasser- und Stromleitungen zu schaffen, die durch Beschuss beschädigt worden waren, zuletzt am 14. Januar 2016 die Wasserleitung in Krasnyi Lyman in der Region Luhansk.



Das Mandat der OSZE-Beobachtermission an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk wurde bis 30. April 2016 verlängert. Die Beobachter überwachten weiter grenz-überschreitende Bewegungen an den beiden russischen Grenzposten.

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) entsandte eine Wahlbeobachtungsmission zu den ukrainischen Kommunalwahlen am 25. Oktober und 15. November 2015.

Rechte und Freiheiten

In seinen Projektaktivitäten unterstreicht ODIHR, dass Frieden und Sicherheit untrennbar mit Gerechtigkeit und Zusammenarbeit sowie mit der Förderung von Demokratie und Menschenrechten verbunden sind. In der zweiten Hälfte des Jahres 2015 wurden rund 400 ukrainische Interessenträger in Menschenrechtsmonitoring und in Fragen von Hasskriminalität geschult. Es gab Workshops über die Finanzierung politischer Parteien, Tagungen über die politische Teilhabe von Frauen und Seminare über parlamentarische Ethik. Das Büro erleichterte auch den Dialog zwischen Religions- und Glaubensgemeinschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen und zuständigen staatlichen Behörden in den Regionen Winnyzja und Odessa sowie in Kiew.

Die Hohe Kommissarin für nationale Minderheiten (HKNM), Astrid Thors, besuchte im Juni die Westukraine und im November die Südostukraine. Sie gelangte dabei zu der Auffassung, dass ein stärkerer institutioneller Rahmen für die Minderheitenpolitik entwickelt werden müsse. Für Sprach- und Identitätsfragen müsse ein ausgewogener Ansatz gefördert werden, was auch bedeute, unterschiedliche geschichtliche Sichtweisen zuzulassen. Im September veröffentlichte die HKNM gemeinsam mit ODIHR den Bericht über ihre im Juli durchgeführte gemeinsame Mission zur Beurteilung der Menschenrechtssituation auf der Krim, obwohl den wiederholten Ersuchen der HKNM um Zugang zur Krim nicht stattgegeben wurde.

Die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, Dunja Mijatović, befasst sich weiter mit der Lage betreffend die Medienfreiheit und die Sicherheit von Journalisten in der Ukraine, die nach wie vor Anlass zur Sorge gibt. Ihr Büro veranstaltete wieder eine Reihe von Runden Tischen mit Vertretern der ukrainischen und der russischen Journalistengewerkschaft zur Sicherheit

von Journalisten mit dem Ziel, Vertrauen aufzubauen und die Versöhnung zu fördern. Diese Bemühungen wurden ergänzt durch ein neues Projekt für angehende Journalisten aus den beiden Ländern, die zur Zusammenarbeit angeregt werden und sich gemeinsam mit den Herausforderungen auseinandersetzen sollen, denen Medienvertreter im aktuellen politischen Klima ausgesetzt sind.

Die Sonderbeauftragte und Koordinatorin der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels, Madina Jarbussynova, besuchte die Ukraine, um vor der erhöhten Gefahr von Menschenhandel im Zuge der Krise zu warnen. Im November veranstaltete ihr Büro einen Schulungskurs über häusliche Gewalt in Konfliktsituationen und Menschenhandel in Dnipropetrowsk, das einen starken Zustrom von Binnenvertriebenen erlebt. Es war dies eine Folgeveranstaltung zu den Aktivitäten im April und Mai gegen moderne Sklaverei in Krisensituationen in Kiew, Dnipropetrowsk und Charkiw, die auch Ausbildungseinheiten für die Beobachter enthielten.

Der Projektkoordinator in der Ukraine

Der OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine (PKU) führte weitere Projekte durch, die direkt oder indirekt mit der Krise zu tun hatten. Im Rahmen seines mehrjährigen Projekts zur Erleichterung eines umfassenden Dialogs über den konstitutionellen und gesellschaftlichen Reformprozess hielt er am 30. Juli in Krasnoarmijsk und am 24. September in Sjewerodonezk Diskussionsforen ab.

Der PKU begann im Juli gemeinsam mit dem OSZE-Sekretariat mit einem neuen Ausbildungsprojekt, um den staatlichen Einsatzkräften bei der Räumung tödlicher explosionsfähiger Kampfmittel zu helfen, die in der Ostukraine als Folge der Kampfhandlungen zurückgeblieben sind. Er stellte in vier Regionen des Landes, zuletzt im Dezember in der Oblast Charkiw, Ausrüstung und Kurse für die Einführung eines Informationsmanagementsystems für Minenräumung (IMSMA) zur Verfügung.

Für Richter an Verwaltungsgerichtshöfen, die aus den Regionen Donezk und Luhansk verlegt wurden, organisierte der PKU in Zusammenarbeit mit dem Oberverwaltungsgericht in Kramatorsk am 3. Dezember ein Seminar, das sich mit der Anwendung des Fallrechts des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte befasste.

Selbstständigkeit durch wirtschaftliche Ermächtigung in Schytomyr

Hüte aller Art

„Ich heiße Natalja. Ich bin im Dorf Troschtschyn aufgewachsen und später in Schytomyr in eine Fachoberschule gegangen. Jetzt bin ich Hutmacherin.“

Diese persönliche Vorstellung der jüngsten Angestellten des vom OSZE-Projektordinator in der Ukraine unterstützten Sozialprojekts, der Näherei Barwysta, hätte schlechter enden können, wäre sie, wie sie ursprünglich wollte, im Ausland auf Arbeitssuche gegangen.

Die Stadt Schytomyr in der Nordwestukraine ist ein schwieriges Pflaster, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Die Region zählt, gemessen an Produktion, Löhnen und Arbeitsplätzen, zu den ärmsten des Landes (Platz 22 von 25 bei der nationalen Erhebung über die sozioökonomische Entwicklung 2015). Sie ist bekannt für ihre Lohnnähereien, doch finden nur zwei Prozent der Fachschulabsolventen Arbeit. Wer keine praktische Erfahrung nachweisen kann, ist nahezu chancenlos. Kein Wunder also, dass viele immer wieder die Jobangebote ausländischer Arbeitgeber studieren, die an allen Straßenlaternen hängen.

Polen ist laut Statistik der Internationalen Organisation für Migration eines der beliebtesten Zielländer. Alle Näherinnen, die derzeit im Nähatelier Barwysta (auf Ukrainisch „bunt“) arbeiten, spielten zuvor zumindest mit dem Gedanken, in Polen Arbeit zu suchen. Nicht dass die Vorstellung, das Land zu verlassen, ihnen verlockend erschienen wäre oder sie nicht um die Gefahren – Täuschung, Ausbeutung oder gar Menschenhandel – gewusst hätten. „Schließlich ist uns die Ukraine lieber“, sagt Oxana, 29. Aber auf die eine oder andere Weise sah sich jede von ihnen mit dem Rücken an der Wand und wusste keinen anderen Ausweg.

Für Oxana begannen die Dinge nicht so schlecht. Gleich nach der Oberschule gelang es ihrer Mutter, eine Arbeit für sie zu finden; sie nähte Kinder-T-Shirts, Schürzen und Uniformen. Aber nach einer Reihe entmutigender Jobs war sie pleite, krank und ernüchtert. Beim ersten Job wurde sie nach Stück bezahlt. Als keine Aufträge mehr kamen, ging sie weg. Am zweiten Arbeitsplatz, einer Schuhfabrik, schädigte der Klebstoff ihre Lungen. Der dritte Job, Nähen von Baby-Bettwäsche, war sehr schlecht bezahlt und der Besitzer war nicht am Ausbau seines Unternehmens interessiert. Alle drei Jobs waren „schwarz“. „In Schytomyr arbeitet jeder inoffiziell. In vielen Fabriken wirst du wie ein Sklave behandelt. Sie können einem einen Auftrag geben, oder auch nicht“, erklärt sie. Hinzu kam, dass sie in ihrem häuslichen Umfeld Gewalt ausgesetzt war. Sie dachte daran, nach Polen zu gehen. Sie ging sogar so weit, dass sie das Anwerbebüro im Einkaufszentrum in der Stadt aufsuchte. „Dort bot man mir einen fixen Arbeitsplatz in einer Lohnnäherei – oder vielleicht einer Konservenfabrik an.“ Sie wäre wohl gegangen, hätte sie das Geld für die im Voraus zu entrichtende Gebühr gehabt. Doch dann fand sie im Internet eine Stellenausschreibung von Barwysta. Dort bot man nicht nur eine Beschäftigung, sondern auch die Unterbringung in einem sicheren Quartier an. Da beschloss sie zu bleiben.

Irina Babenko leitet das Fraueninformations- und -beratungszentrum (WICC), das Barwysta betreibt. Sie kennt die Gefahren, die Arbeitssuchende im Ausland erwarten. Sie werden von „schlecht“ bis „sehr schlecht“ auf der Internetseite des Zentrums aufgelistet: Verschuldung, illegale Beschäftigung, Einbehalt von Dokumenten, Isolierung von der Außenwelt, Nötigung, körperliche oder seelische Misshandlung. Doch aus langjähriger Erfahrung – WICC hilft Frauen in Not seit dem Jahr 2000 – weiß sie auch, dass alle Warnungen oft nichts fruchten. Jedes Risiko verblasst angesichts der aktuellen Realität, die ausweglos scheint. Wirksamer kann eine Änderung im Hier und Jetzt sein: Selbst eine kleine Verbesserung kann eine unerträglich erscheinende Lage zu einer machen, in der das Leben weitergehen kann. Das ist die Philosophie hinter Barwysta.

Erhebung des Ministeriums für regionale Entwicklung der Ukraine, veröffentlicht im Oktober 2015.

Barwysta begann mit ein paar alten Nähmaschinen, die WICC zur Verfügung hatte, und einer Idee: Wenn die Maschinen so aufgestockt und modernisiert werden könnten, dass eine professionelle Produktion möglich wäre, dann könnte man damit einen kleinen Gewerbebetrieb gründen. Das Atelier könnte Opfern von Menschenhandel oder gefährdeten Personen Beschäftigung geben. Mit den Einkünften könnten gleichzeitig andere Aktivitäten des WICC zur Bekämpfung des Menschenhandels finanziert werden.

Das Atelier nahm im August 2015 die Arbeit auf. Es ist noch sehr klein, bisher hat es fünf Angestellte.

Aber für jede dieser Frauen bietet es etwas außerordentlich Wichtiges, das ihr Leben wieder in die richtigen Bahnen bringt: eine erste offizielle Beschäftigung ohne vorherige Berufspraxis, Umschulung auf neue wettbewerbsfähige Fertigkeiten, regelmäßigen Lohn, Schutz vor einem missbräuchlichen Arbeitsumfeld. Eine erfahrene Näherin hilft den Angestellten bei der Anfertigung der Hemden und Blusen, der ersten Produktionslinie des Ateliers. „Als wir begannen, Blusen zu nähen, zeigte uns Aljona alles – in aller Ruhe, ohne Schreien, ohne Herumwerfen von Gegenständen. Das ist sehr ungewöhnlich“, erklärt uns Inna, eine Freundin Oxanas aus einem früheren Job.

Swetlana kommt von weiter her als ihre Kolleginnen: Sie ist eine Binnenvertriebene aus Donezk. Für sie bedeutete Barwysta, dass sie nicht wieder ihre Habseligkeiten packen und fortgehen musste. Als der Krieg ausbrach, ging ihr Mann fort und sie blieb allein mit zwei Kindern zurück. Sie schickte sie zu ihrer Tante nach Schytomyr. Ihre Eltern gingen mit, nachdem ihr Vater knapp dem Tod entronnen war, als eine Bombe in ihrem Hof einschlug. Sie selbst blieb zurück, um sich um das Haus zu kümmern und so lange wie möglich ihre Arbeit zu behalten. Sie arbeitete seit 15 Jahren für die Eisenbahn als Verfahrenstechnikerin. Im Januar kam auch sie nach Schytomyr zu ihrer Familie – und um ein neues Leben zu beginnen.

Wieder eine Beschäftigung bei der Bahn zu finden, war unmöglich: „Ich bewarb mich bei allen Unternehmen in der Region, wurde getestet, ging zu Vorstellungsgesprächen, aber ich fand keine Anstellung. Es wird Personal abgebaut und die Bahn wird von einem Staatsbetrieb in eine Aktiengesellschaft umgewandelt“, erzählt sie. Sechs Monate später war sie mit ihren Eltern und Kindern in eine Zweizimmerwohnung gezogen, um ihrer Tante nicht länger zur Last zu fallen. Die Kinder gingen zur Schule. Sie hatte noch immer keine Arbeit. Wie sollte sie die Familie ernähren? Was sollte sie tun? Sie überlegte, nach Kiew zu gehen, oder nach Polen, wo Verwandte auf Geflügelhöfen arbeiteten. Schließlich erinnerte sie sich, dass sie während ihrer Schulzeit ein halbes Jahr in einer Näherei gearbeitet hatte. Ein Priester, für den sie einige Gewänder genäht hatte, brachte sie zum WICC. Und im August begann sie bei Barwysta.

„Was Barwysta für mich bedeutet? Zuerst einmal ist es Arbeit. Verglichen mit meinem früheren Einkommen ist das Gehalt bescheiden, aber zusammen mit der Sozialhilfe, die ich für die Kinder beziehe, kommen wir zurecht. Aber Barwysta ist mehr als das – es tut auch meiner Psyche gut. Wir alle hier haben interessante Schicksale, schwierige Wege. Wir unterstützen einander, und das hilft. Wir verbessern unsere fachliche Kompetenz, der Vertrieb wird effektiver und unsere Erzeugnisse werden gekauft – und schließlich werden wir, so hoffe ich, auch mehr verdienen. Ich glaube, dass an diesem Projekt eine Menge heller Köpfe mitarbeiten und wir es zum Erfolg führen werden,“ meint Swetlana.

Sozialwirtschaftliche Unternehmen sind Betriebe und müssen als solche Geld verdienen. Aber ihr eigentliches Ziel ist nicht der Profit; sie sollen vielmehr die Lebensbedingungen von Menschen verbessern. Deshalb sind sie schwer zu managen, vor allem in der Ukraine, wo man noch wenig Erfahrung damit hat und entsprechende Gesetze und Verordnungen fehlen.

Und hier setzt die OSZE an. Der Projektkoordinator in der Ukraine (PKU) verfügt über das nötige Fachwissen in wirtschaftlicher Ermächtigung und kann auf das Know-how gut eingeführter sozialwirtschaftlicher Unternehmen in anderen Teilnehmerstaaten zurückgreifen, die mit großem Erfolg Arbeitsplätze für Behinderte geschaffen haben. Gleichzeitig hat das Team jahrelange Erfahrung bei der Unterstützung von Regierungen und NGOs in deren Bemühungen zur Verhinderung von Menschenhandel.



2014 nahm der PKU ein Projekt in Angriff, mit dem das Modell des sozialwirtschaftlichen Unternehmens an die Bedürfnisse von potenziellen Menschenhandelsopfern angepasst werden soll. Damit wird mehreren ukrainischen NGOs, die im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels tätig sind, geholfen, ihre Geschäftsideen zu verwirklichen – und Barwysta ist eine davon. Gleichzeitig setzt sich der Projektkoordinator für eine Gesetzesreform zugunsten sozialwirtschaftlicher Unternehmen ein, die die Nachhaltigkeit von deren Aktivitäten gewährleisten soll. Sozialwirtschaftliche Unternehmen sollen nicht normale Unternehmen ersetzen. Sie sind vielmehr ein Instrument der sozialen Intervention. Wer Hilfe braucht, bekommt sie dort, bis er gestärkt wieder in der Lage ist, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen. Manchmal jedoch ist das, was am meisten gebraucht wird, dass man nicht wieder hinaus ins normale Leben gedrängt wird.

Anna kam als Letzte zu Barwysta. Eigentlich ist es schon ihr zweites Mal beim WICC. Die Lebensgeschichte der von Geburt an behinderten Anna ist eine Abfolge von Misshandlung und Missbrauch. Sie verbrachte ihre Kindheit in staatlichen Waisenhäusern und Kinderheimen in Kiew, und träumte davon, eine Familie zu haben. Eine Frau, die versprach, ihr diesen Traum zu erfüllen, nahm sie auf ... und verkaufte sie an ein kriminelles Netzwerk. Lange Zeit bettelte sie sich durch die Straßen von Kiew, nachdem man ihr ihre Dokumente abgenommen hatte. Von sich aus wandte sie sich an die Internationale Organisation für Migration, die sie zur Rehabilitation zum WICC nach Schytomyr schickte. Dort blieb sie vier Jahre lang, lebte in der vom WICC unterhaltenen Unterkunft und lernte grundlegende Computerkenntnisse.

Doch 2010 wurden die Geldmittel für das WICC gekürzt und die Unterkunft schien vor der Schließung zu stehen. Anna zog aus und fand bei Freunden Unterschlupf, erst in Schytomyr, dann in Wolodarsk-Wolynskij und schließlich in Luhansk. In Luhansk verschwand sie jahrelang spurlos. Das WICC verlor 2012 den Kontakt zu ihr. Im November 2015 erhielt Frau Babenko einen Telefonanruf: „Irina Germanowna, retten Sie mich.“ Er kam aus Odessa.

Anna wurde in der Deribassowskaja-Straße gefunden, in eisiger Kälte, mit nackten Händen und Beinen. Sie war Menschenhändlern in die Hände gefallen, die sie zwangen, von früh bis spät auf der Straße zu betteln. Schließlich war es ihr irgendwie gelungen, an ein Telefon zu kommen und in einer ihrer wenigen Toilettenpausen anzurufen. Das WICC mobilisierte Kontakte in Odessa, die sie von der Straße wegholten und in den letzten Bus aus der Stadt setzten. Jetzt ist sie zurück im WICC und wieder bei Barwysta.

„Sie wird uns bei unserer Werbung helfen und Informationsmaterial über unsere Firma und unsere Bekleidung versenden. Es gibt also Arbeit für sie“, erklärt Frau Babenko. „Aber zuerst muss es ihr wieder besser gehen, nach allem, was sie durchgemacht hat.“

Annas Geschichte macht einen Vorteil sozialwirtschaftlicher Unternehmen gegenüber Sozialprogrammen deutlich, die von Spenden abhängig sind. Sie bieten jene Nachhaltigkeit, die unbedingt notwendig ist, wenn es um das Wohl von Menschen geht. Die OSZE achtet ganz besonders darauf, dass Barwysta und die anderen von ihr unterstützten Unternehmen die nötige Ausbildung erhalten, um solide, langfristige Geschäftspläne zu erarbeiten.

Die von der OSZE bereitgestellte Finanzhilfe ist auf fünf Jahre veranschlagt, aber Barwysta ist kein Projekt mit Ablaufdatum. Zum ersten Mal in ihrem Leben kann Anna, wenn man sie fragt, wie lange sie bleiben wird, antworten: „Vielleicht für immer“.

Für Oxana und Anna genügten eineinhalb Monate; inzwischen haben sie einen anderen Arbeitsplatz. „Es war an der Zeit, etwas Neues zu versuchen, und vielleicht gibt es andere, die Barwysta dringender brauchen. Sie haben uns geholfen, einen Lebenslauf zu schreiben – ich wusste bis dahin nicht, wie man das macht. Und sie rufen uns an, um zu fragen, wie es uns geht“, sagt Oxana.

Swetlana sieht ihre Zukunft wieder in Donezk. Aber nicht mehr als Eisenbahningenieurin. Die Arbeit bei Barwysta, ursprünglich eine Notmaßnahme, wird nun ihre Chance für einen Karrierewechsel. „Die Arbeit bei der Bahn hat mir gut gefallen. Aber jetzt Nähe ich gern. Und hier möchte ich mich weiterentwickeln. Auch die Schneiderei interessiert mich.“

Natalja wird weiter wachsen, als Hutmacherin. Sie wird ihre Schnitte zu Barwysta bringen, und eines Tages wird sie ein eigenes Atelier eröffnen. „Ich werde Kinderhüte, Frauen-, Männerhüte machen – Hüte aller Art.“

Das Projekt „Verhütung von Menschenhandel in der Ukraine durch wirtschaftliche Ermächtigung gefährdeter Personen“ wird vom OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine mit finanzieller Unterstützung der Regierungen Kanadas und Norwegens durchgeführt. Es soll Menschenhandelsopfern und gefährdeten Gruppen, einschließlich Binnenvertriebenen, neue wirtschaftliche Chancen eröffnen und NGOs besser in die Lage versetzen, nachhaltige Dienstleistungen für Opfer von Menschenhandel zu erbringen.

Dieser Artikel beruht auf Informationen des Nationalen Projektreferenten Igor Sergejew aus dem Büro des OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine. Anmerkung: Die Namen der Angestellten von Barwysta wurden aus Gründen des Datenschutzes geändert.

SICHERHEITS- GEMEINSCHAFT

DAS OSZE MAGAZIN

Insert:
Ausgabe 3-4/2015



Interview mit Frank-Walter Steinmeier Amtierender Vorsitzender der OSZE

Auf dem OSZE-Ministerrat in Belgrad sprachen Sie davon, dass die OSZE durch „turbulentes Fahrwasser“ navigiere. Welchen Kurs dürfen wir vom Kapitän des Schiffes für 2016 erwarten?

Der italienische Jesuitenpriester Claudio Acquaviva schrieb im sechzehnten Jahrhundert „Fortiter in re, suaviter in modo“ – stark in der Sache, milde in der Methode. Alle Teilnehmerstaaten haben sich zu einem umfassenden Prinzipienkatalog bekannt, angefangen von der „Schlussakte von Helsinki“ mit ihrem „Dekalog“, und alle Staaten haben ihr Bekenntnis zu den OSZE-Prinzipien seither immer wieder erneuert, 1990 in der Charta von Paris und zuletzt in der Gedenkerklärung von Astana. Von diesem Kanon werden wir nicht abgehen. Zugleich gibt uns aber der „Geist von Helsinki“ eine eindeutige Methode vor: beständigen Dialog und kooperatives Vorgehen. Wir werden daher in der Zeit unseres Vorsitzes drei Bereiche in den Mittelpunkt stellen: Dialog erneuern, Vertrauen wieder aufbauen und Sicherheit wiederherstellen.

In diesem Gedenkjahr der Schlussakte von Helsinki werden nach wie vor Grundprinzipien der europäischen Sicherheit, die im Gründungsdokument der OSZE festgeschrieben sind, verletzt. Mit welcher Strategie wollen Sie hier Abhilfe schaffen?

Der Bruch von OSZE-Prinzipien und Verstöße gegen das Völkerrecht müssen natürlich klar benannt werden. Gleichzeitig müssen wir uns aber nach Kräften bemühen, die um sich greifende Sprachlosigkeit in Europa zu überwinden. In diesen Zeiten der schweren Krise sollten wir mehr denn je an dem vom KSZE-Prozess vorgegebenen Weg festhalten und in einen ernsthaften Dialog eintreten, das Vertrauen wieder aufbauen und die Sicherheit wiederherstellen. Alles andere würde nur die Verwerfungen verstärken, die wir derzeit auf dem europäischen Kontinent sehen.



In welchen Formaten könnte ein sinnvoller Diskurs in der OSZE wiederhergestellt werden?

Den Dialog zu erleichtern ist einer der Hauptzwecke der OSZE, insbesondere in stürmischen Zeiten. Eine der größten Stärken der Organisation liegt ja gerade darin, dass sie eine Vielzahl von Plattformen dafür anzubieten hat. Die OSZE hat in den letzten Jahrzehnten bewährte Foren in allen ihren Dimensionen entwickelt; diese gut eingeführten Dialogformate werden wir nutzen.

Wir planen auch eine Reihe von Veranstaltungen des Vorsitzes sowohl auf politischer als auch auf Expertenebene, die sich über das ganze Jahr verteilen – immer mit klarem Kurs auf den Ministerrat in Hamburg. Der Tagungsort für dieses wichtige alljährliche Treffen der OSZE-Minister ist mit Bedacht gewählt: keine andere deutsche Stadt steht so sehr für Weltoffenheit, Toleranz und internationale Vernetzung wie Hamburg.

Haben Sie Vorschläge, wie die OSZE wirksamer auf Krisen reagieren könnte?

Die Krise in der und um die Ukraine hat gezeigt, dass uns die OSZE die wesentlichen Instrumente für die Deeskalation in Krisenzeiten zur Verfügung stellen kann, man denke nur an die rasche Einrichtung und schnelle Entsendung der Sonderbeobachtermission für die Ukraine im Frühjahr 2014. Eine wirksame Zusammenarbeit zwischen den OSZE-Staaten ist möglich, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist. Wir müssen uns allerdings darum bemühen, dafür zu sorgen, dass die OSZE auf die Erfüllung ihres Sicherheitsmandats und die Ausführung ihrer operativen Aufgaben vorbereitet ist. Im Hinblick darauf sollten wir einige der OSZE-Strukturen und Prozesse überprüfen, vor allem in Bezug auf Frühwarnung, Konfliktanalyse, Vermittlung und Mediation und operative Fähigkeiten. Wir werden daher bestrebt sein, einen Diskussionsprozess über die Krisenreaktions- und Krisenbewältigungsfähigkeiten der OSZE in allen Phasen des Konfliktzyklus anzustoßen – einschließlich Überlegungen über eine angemessene Finanzierung. Es sollte uns klar sein, dass fehlende Ressourcen die Effizienz der OSZE vor Ort schmälern würden.

Welche Schritte sollte die OSZE zur Verminderung militärischer Risiken unternehmen?

Wir müssen die vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und die kooperative Rüstungskontrolle mit neuem Leben erfüllen. Sie haben uns in der Vergangenheit geholfen, militärische Risiken zu vermindern. Angesichts der erhöhten militärischen Aktivität im OSZE-Raum brauchen wir sie mehr denn je. Leider wurden die Instrumente, die wir haben – insbesondere die des Wiener Dokuments – schon seit geraumer Zeit nicht mehr an die aktuellen Herausforderungen und militärischen Gegebenheiten angepasst. Deshalb ist die Arbeit an dieser dringend notwendigen Aktualisierung eine unserer Prioritäten für das Jahr 2016.

Wenn das Wiener Dokument an die aktuelle Lage adaptiert wird, kann es auch heute noch eine wertvolle Rolle zur Verminderung der militärischen Risiken spielen. Durch den verpflichtenden Informationsaustausch, die vorherige Ankündigung oder durch Sicherstellung der Möglichkeit der gegenseitigen Beobachtung kann es mithelfen, die Transparenz der Streitkräfte und insbesondere militärischer Aktivitäten zu erhöhen. Auf diese Art und Weise kann es dazu beitragen, einige der großen Gefahren des derzeitigen Sicherheitsumfelds zu vermeiden, nämlich gefährliche Fehlperzeptionen und eine unbeabsichtigte Eskalation.

Sie haben sich dafür entschieden, das diesjährige Wirtschafts- und Umweltforum dem Schwerpunkt guter Regierungsführung zu widmen. Warum?

Gute Regierungsführung ist eine Voraussetzung für Konnektivität und engeren wirtschaftlichen Austausch. Sie spielt eine Schlüsselrolle bei der Korruptionsbekämpfung, für bessere Investitionsbedingungen und im Hinblick auf die Herausforderungen in den Bereichen gute Umwelt-, „Governance“ und Arbeitsmigration. Daher werden wir den Schwerpunkt auf diese Aspekte setzen, sowohl im Rahmen des Wirtschafts- und Umweltforums als auch im Rahmen einer Wirtschaftskonferenz im Mai in Berlin.

Viele sicherheitspolitische Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaften heute stehen – eine der größten davon die Migration –, kommen von außerhalb des OSZE-Raums. Was kann die OSZE dagegen unternehmen?

Unsere Gesellschaften stehen tatsächlich vor einer Reihe großer Herausforderungen und Bedrohungen, deren eigentliche Ursachen außerhalb liegen. Das gilt für die Migration, aber auch für den internationalen Terrorismus, für Radikalisierung, den Drogen- und Menschenhandel.

Abgesehen von den zahlreichen OSZE-Programmen und Aktivitäten auf diesem Gebiet sind die Kooperationspartner der OSZE für mich außerordentlich wichtige Handlungsträger bei der gemeinsamen Auseinandersetzung mit diesen Problemen. Die Konferenz mit den Mittelmeerpartnern im Oktober 2015 in Jordanien war ein sehr guter Einstieg in einen tiefergehenden regionenübergreifenden Dialog und in eine Abstimmung unserer Bemühungen angesichts der wachsenden Herausforderungen.

Welche Rolle sollte die OSZE Ihrer Meinung nach bei der Terrorismusbekämpfung spielen?

Die entsetzlichen Anschläge der letzten Monate und Jahre haben deutlich gezeigt, dass die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit und auch der Austausch vorbildlicher Methoden beträchtlich verstärkt werden müssen. Ich bin davon überzeugt, dass die OSZE diesen unverzichtbaren Austausch sowohl auf politischer als auch auf Expertenebene erleichtern kann. Wir bereiten eine Konferenz für 2016 zum Schwerpunktthema „Bedrohung durch den Dschihadismus“ vor, die sich mit den zurückkehrenden ausländischen Kämpfer und den ungeheuren Herausforderungen befassen soll, die deren Wiedereingliederung in unsere Gesellschaften mit sich bringt.

Brauchen wir heute eine stärkere – auch finanziell stärkere – OSZE?

Die OSZE hat angesichts der Herausforderungen des aktuellen Umfeldes ihren unverzichtbaren Wert als Dialogforum und anerkannter Krisenmanager, insbesondere in der Ukraine, unter Beweis gestellt. Aus unserer Sicht sollten diese beachtlichen Fähigkeiten erhalten und, wo notwendig, aktualisiert werden, um sie zukunftstauglich zu machen. Ich meine, dass das mit der Bereitstellung der für die Erfüllung der zugewiesenen Aufgaben notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen Hand in Hand gehen muss. Mehr OSZE für weniger Geld ist kein erfolversprechendes Konzept.

WELTBANK

2015

„Die Teilnehmerstaaten stellten einmal mehr fest, dass die OSZE mit ihrem umfassenden Sicherheits-konzept, das die politisch-militärische, die Wirtschafts- und Umwelt- und die menschliche Dimension der Sicherheit einschließt, wie keine andere Organisation geeignet ist, die Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten und zugleich auch das Leben der Menschen sowohl kollektiv als auch einzeln zu verbessern.“

Ivica Dačić, Amtierender Vorsitzender der OSZE 2015 und Außenminister Serbiens, in seiner abschließenden Erklärung zum Ministerrat am 4. Dezember 2015





OSZE Ministerrat 2015 Verabschiedete Dokumente

Beschluss über Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE Ministerrats

Ministererklärung über verstärkte Bemühungen der OSZE zur Bekämpfung des Terrorismus infolge der jüngsten Terroranschläge

Ministererklärung über die Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen

Erklärung über die OSZE-Aktivitäten zur Unterstützung der weltweiten Bemühungen um die Auseinandersetzung mit dem Weltrogenproblem

Erklärung zu Jugend und Sicherheit

Ministererklärung zu den Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage im „5+2“ Format



Ministerrat in Belgrad

Trotzdem im Gespräch bleiben

Auf dem Ministerratstreffen in Belgrad vom 3. und 4. Dezember 2015 wurde nur ein einziger Beschluss verabschiedet: dass man in einem Jahr in Hamburg wieder zusammenkommen will. Keinen Konsens, der für alle OSZE-Beschlüsse erforderlich ist, gab es zu Dokumenten, die es der OSZE erlaubt hätten, in Fragen wie Migration, Gender, nachhaltiger Entwicklung, Wassermanagement und Folterprävention voranzukommen.

Dennoch nutzen die Minister ihr Treffen 2015 zur Beratung über schwierige und dringende Angelegenheiten. Die 42 teilnehmenden Außenminister machten von der Möglichkeit zahlreicher bilateraler und multilateraler Treffen Gebrauch. Zum ersten Mal seit dem Abschluss eines russischen Kampfflotts nahe der syrisch-türkischen Grenze trafen die Außenminister Russlands und der Türkei zusammen. Bei einem inoffiziellen Mittagessen auf Einladung des Amtierenden Vorsitzenden hielten die Delegationsleiter ein Brainstorming über die Frage, wie man mit der erneuten Festigung der europäischen Sicherheit vorankommen könnte.

Der Ministerrat machte deutlich, was viele schon seit Jahren sagen: der Erfolg des Treffens im Dezember, der krönende Abschluss der Arbeit des jährlich wechselnden Vorsitzes, sollte nicht an der Zahl der verabschiedeten Dokumente gemessen werden. Die OSZE verfügt über einen großen Fundus an Beschlüssen, üblicherweise als Verpflichtungen bezeichnet, die die Tätigkeit der Organisation in einem breiten Spektrum von Fragen leiten und auch in Zukunft leiten werden. Ja, neue Orientierungshilfen wären angesichts der vielen neuen Entwicklungen willkommen gewesen. Ebenso hätte ein greifbareres Ergebnis den in den unterschiedlichen Themenbereichen tätigen OSZE-Experten einen zusätzlichen Motivationsschub und der Arbeit der OSZE neue Dynamik verleihen können. Aber eigentlich ist genug zu tun, um die Implementierung der bestehenden Verpflichtungen zu unterstützen, ohne weitere Verpflichtungen dazu zu packen.

Der Ministerrat gibt den Teilnehmerstaaten vor allem Gelegenheit zu einem Treffen auf hoher politischer Ebene, um die schwerwiegenden sicherheitspolitischen Fragen in der Region in den Griff zu bekommen. Deshalb waren auch einige Teilnehmer nach dem Ministerratstreffen der OSZE 2015 optimistischer als vorher. Wir bringen im Folgenden einige Überlegungen und Erwartungen, die im Zuge des Treffens zum Ausdruck gebracht wurden.

„Die Organisation steht vor einer schweren Krise – was uns allen bewusst ist –, doch gibt es auch eine gute Nachricht nach diesen beiden Tagen in Belgrad: Jeder ist sich über die Bedeutung der OSZE im Klaren und weiß, wie wichtig es ist, den Dialog wieder in Gang zu bringen. Das ist ein wichtiges Element, es wird sich zeigen, wie wir das weiterentwickeln können. Was die Krise in der und um die Ukraine angeht, wurde insbesondere immer wieder darauf hingewiesen, dass wir uns alle an die Minsker Vereinbarungen halten und dafür sorgen müssen, dass sie von allen Parteien eingehalten werden. Soviel zum positiven Aspekt.“

Ein weiteres wichtiges Element des Treffens war die Tatsache, dass viele, so gut wie alle Delegationen eingeräumt haben, dass wir uns einig sein müssen, damit wir den vielen Herausforderungen in der Region – die Rede war von Terrorismus, aber auch von Migration – die Stirn bieten können.

Alle diese Elemente zusammengenommen – die Lage in der Ukraine, die Perspektive, die die Minsker Vereinbarungen bieten und das uns allen gemeinsame große Anliegen, dass wir zusammenarbeiten müssen – lassen uns jetzt etwas optimistischer in die Zukunft blicken als bei unserer Ankunft in Belgrad.“

– Ignacio Ybáñez, Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Spaniens

„Das Ministerratstreffen findet vor dem Hintergrund eines komplexen Umfeldes statt, das bekanntlich vom Phänomen des Terrorismus geprägt ist. Dazu kommt dieser ungeheure Migrations- und Flüchtlingsstrom, die

fortdauernde Krise in der und um die Ukraine und natürlich die Langzeitkonflikte im Schwarzmeerraum. Unsere Erwartungen sind kurz gefasst die folgenden: Rumänien als Vorsitzland im Sicherheitsausschuss der OSZE hat alles in seiner Macht Stehende getan, um die Verabschiedung eines Beschlusses über die Bekämpfung von gewalttätigem

Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, durch diesen Ministerrat zu ermöglichen. Wir hoffen auch, dass der Ministerrat ein Dokument zur Rolle der OSZE in der Ukraine verabschiedet, in dem die Wichtigkeit der Wiederherstellung der Achtung der Grundprinzipien der territorialen Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine unterstrichen wird. Jedenfalls hoffen wir, dass dieses Ministerratstreffen spürbare Fortschritte auf dem Weg zur Lösung der Langzeitkonflikte wie in der Republik Moldau bringen wird, und wir hoffen in der Tat, dass zu diesem konkreten Konflikt eine Ministererklärung über die Verhandlungen im „5+2“-Format zur Beilegung der Transnistrien-Frage verabschiedet wird.“



– Lazăr Comănescu, Minister für auswärtige Angelegenheiten Rumäniens

„Es ist eine schwierige und komplizierte Zeit, nicht nur für Europa sondern für die ganze Welt. Dieser Ministerrat zeigt uns, dass die OSZE Wert und Glaubwürdigkeit besitzt. Sie ist die wichtigste Organisation für den sicherheitspolitischen Dialog in Europa. Die Mongolei ist ein OSZE-Teilnehmerstaat in Asien. Aus unserer Sicht ist die Sicherheit in Europa und in Asien unteilbar. Die OSZE ist heute nicht nur eine Sicherheitsorganisation für Europa, sondern auch für Eurasien einschließlich der Mongolei. Es ist von größter Bedeutung, dass wir uns weiterhin mit den gemeinsamen sicherheitspolitischen Herausforderungen für die Länder Eurasiens auseinandersetzen.“

Daher messen wir den hier stattfindenden Diskussionen, aber auch dem hier Erreichten großen Wert bei. Ich meine damit nicht nur die verabschiedeten Dokumente, sondern auch die Kontakte, die geknüpft, und die Gespräche, die geführt werden. Die OSZE wird für uns auch in Zukunft das wichtigste Forum für internationale Gespräche über Sicherheitsfragen sein.“

– Lundeg Purevsuren, Minister für auswärtige Angelegenheiten der Mongolei



Energischere Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus

Der Ministerrat in Belgrad verabschiedete zwei Erklärungen zur Terrorismusbekämpfung, die eine über verstärkte Bemühungen der OSZE zur Bekämpfung des Terrorismus infolge der jüngsten Terroranschläge, und die andere über die Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen (Violent Extremism and Radicalization that Lead to Terrorism, VERLT). Diese Erklärungen unterstreichen die Verpflichtung der Teilnehmerstaaten, den Terrorismus weiterhin geschlossen zu bekämpfen und entschlossen gegen ihn vorzugehen. In beiden Erklärungen wird die Führungsrolle der Vereinten Nationen in den internationalen Bemühungen zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus und gewalttätigen Extremismus betont.

Die Teilnehmerstaaten kamen überein, zur Verstärkung der OSZE-Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus ihre Verpflichtungen in diesem Bereich auch weiterhin vollständig umzusetzen, darunter auch jene in Bezug auf das Phänomen der ausländischen terroristischen Kämpfer, auf die Verhütung und Unterbindung von Terrorismusfinanzierung und auf die Anwerbung von Mitgliedern terroristischer Gruppierungen und die Unterbindung von Waffenlieferungen an Terroristen, und sich auch an ihre Verpflichtungen aus dem Völkerrecht zu halten. Zu diesen gehören die Charta der Vereinten Nationen, die Resolution 2170 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR 2170), in der die Missachtung der Menschenrechte durch extremistische Gruppen im Irak und in Syrien verurteilt wird, UNSCR 2178 über ausländische terroristische Kämpfer, UNSCR 2199 über die illegale Finanzierung terroristischer Organisationen, UNSCR 2249 über die Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen sowie andere Verpflichtungen nach internationalen Menschenrechtsnormen, dem Flüchtlingsvölkerrecht und dem humanitären Völkerrecht. Das Vorgehen gegen VERLT nach einem pluri-dimensionalen Konzept bildet inzwischen einen verstärkten strategischen Schwerpunktbereich in den Bemühungen der OSZE im Kampf gegen den Terrorismus. Die Teilnehmerstaaten erkennen an, dass der umfassende und kooperative Sicherheitsansatz der OSZE komparative Vorteile bei der Terrorismusbekämpfung bietet, da er anhand aller maßgeblichen Instrumente und Strukturen der OSZE jene Bedingungen identifiziert und bekämpft, die den Terrorismus, etwa auch gewalttätigen Extremismus, begünstigen. Insbesondere dieses Einvernehmen sichert der OSZE nach der hochrangigen Diskussion über die Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen und im Hinblick auf die für 2016 erwartete Verabschiedung eines Aktionsplans der Vereinten Nationen zur Verhütung von gewalttätigem Extremismus ein sichtbares Profil in der Öffentlichkeit.

Befassung mit dem Weltrogenproblem

Die Ministerratserklärung über die OSZE-Aktivitäten zur Unterstützung der weltweiten Bemühungen um die Auseinandersetzung mit dem Weltrogenproblem unterstreicht die

breite Übereinstimmung unter den Teilnehmerstaaten, die Zusammenarbeit bei der Auseinandersetzung mit den von illegalen Drogen ausgehenden Bedrohungen für ihre Sicherheit und Stabilität fortzusetzen. Die Erklärung bekräftigt das Konzept zur Bekämpfung der Bedrohung durch illegale Drogen und die Abzweigung von Drogenausgangsstoffen und vermittelt eine wichtige politische Botschaft betreffend die ergänzende Rolle, die OSZE im Hinblick auf die Vorbereitung der bevorstehenden Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über das Weltrogenproblem spielt. Darin wird die Bedeutung der Umsetzung der drei internationalen Drogen-Übereinkommen der Vereinten Nationen (1961, 1971 und 1988) und die Bereitschaft der Teilnehmerstaaten unterstrichen, die Ziele und Zielsetzungen zu verwirklichen, die in der Politischen Erklärung und dem Aktionsplan der Vereinten Nationen für internationale Zusammenarbeit zugunsten einer integrierten und ausgewogenen Strategie zur Bekämpfung des Weltrogenproblems vorgegeben wurden, die 2009 in Wien beschlossen wurde.

Die Durchführungsorgane der OSZE werden sich 2016 weiter für die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit zur Erreichung der in diesen Erklärungen dargelegten Ziele einsetzen und auch interessierten Teilnehmerstaaten die notwendige Hilfestellung geben.

Jugend und Sicherheit

Die Mitglieder des Ministerrats nahmen Kenntnis von den Bemühungen des derzeitigen Vorsitzes und vorhergehender Vorsitzes der OSZE und betonten, wie wichtig es ist, die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen betreffend die Jugend insbesondere im Bildungsbereich zu fördern und der Rolle, die jungen Menschen im Hinblick auf die Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen spielen können, mehr Gewicht zu verleihen.

Ein neuer Anlauf zur Lösung des Transnistrien-Konflikts

Die ersten Gespräche im „5+2“-Format zur Lösung des Konflikts zwischen Moldau und der abtrünnigen Region Transnistrien fanden 2005 statt. In diesem Format sind die Konfliktparteien (Transnistrien und Moldau), die Vermittler OSZE, Russland und die Ukraine sowie zwei Beobachter, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten, vertreten. Die OSZE führt den Vorsitz bei den Verhandlungen.

Trotz aller Bemühungen des Vorsitzes und der Mission in Moldau kam 2015 kein einziges Treffen im „5+2“-Format zustande. Die Ministererklärung zu den Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage im „5+2“-Format enthält jedoch eine neuerliche Bekräftigung der Bereitschaft, sich erneut auf einen konstruktiven Dialog einzulassen, dessen Ziel die letztendliche Lösung des Transnistrien-Konflikts sein soll. Damit verfügten der deutsche Vorsitz und der Sonderbeauftragte des amtierenden Vorsitzenden, Cord Meier-Klodt, über eine solide Grundlage für die Fortführung dieser Bemühungen im Jahr 2016.

Konferenz der Zivilgesellschaft parallel zum OSZE-Ministerratstreffen

Eine neue Tradition – Selbstevaluierung des Vorsitzes

Die alljährlich unmittelbar vor dem Ministerratstreffen stattfindende OSZE-Konferenz der Zivilgesellschaft, die den Teilnehmerstaaten den Spiegel in Bezug auf die Umsetzung ihrer Verpflichtungen in der menschlichen Dimension vorhält, hat sich mittlerweile zu einer Tradition entwickelt. Die erste derartige Konferenz wurde 2010 anlässlich des OSZE-Gipfels in Astana abgehalten. Beim nächsten Treffen in Wilna im Jahr darauf fand sich eine Kerngruppe zivilgesellschaftlicher Organisationen (CSO, civil society organizations) zur Civic Solidarity Platform zusammen, die seither auf 80 CSO angewachsen ist und nicht nur einmal jährlich tagt, sondern das ganze Jahr hindurch auch andere Veranstaltungen und Kampagnen abhält.

Leider war auch in diesem Jahr bei dem jährlichen Treffen in Belgrad die Liste alarmierender Entwicklungen wieder lang. Die Aktivisten erörterten den immer kleiner werdenden Raum, der der Zivilgesellschaft zugestanden wird, die Herausforderungen der Migration, die Verhütung von Folter und Verschleppung, und die Meinungsfreiheit – ein Thema, zu dem als Gastrednerin Dunja Mijatović, die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, ein Referat hielt. Die Aktivisten legten den Vertretern der OSZE-Troika ihre Empfehlungen, darunter auch die „Belgrader Erklärung – Meinungsfreiheit in Gefahr“ zur Behandlung durch den Ministerrat vor.

Eine weitere Tradition geht auf den Schweizer OSZE-Vorsitz 2014 zurück. Die Schweiz griff damals als erstes Land den Vorschlag der Civic Solidarity Platform auf, jeder Vorsitz solle seine eigenen Leistungen auf dem Gebiet der Menschenrechte einer Selbstevaluierung unterziehen. Serbien erklärte sich zur Fortführung dieser Übung bereit, als es 2015 die Zügel der Organisation übernahm.

Die von der Schweiz und in der Folge von Serbien angewandte Methode sieht einen Selbstevaluierungsprozess in drei Schritten vor: den Berichten unabhängiger Institutionen, den Kommentaren von CSO und den Antworten der zuständigen Ministerien und Regierungsstellen. Bei dem Belgrader Treffen präsentierte die Koalition serbischer CSO, die für die Beobachtung des serbischen Vorsitzes verantwortlich war, unter der

Federführung des Helsinki-Komitees für Menschenrechte in Serbien ihre schriftlichen Kommentare und erfüllte damit Schritt zwei.

Das serbische Außenministerium bediente sich für die Festlegung der Bereiche, die einer Selbstevaluierung unterzogen werden sollen, desselben Kriteriums wie die Schweiz: Es sollte sich dabei um Themenkreise handeln, zu denen in den letzten fünf Jahren OSZE-Berichte veröffentlicht wurden. Das Ministerium entschied sich für die Gleichstellung der Geschlechter, Wahlen, Versammlungsfreiheit und die Rechtsstellung der Roma. Die CSO-Koalition fügte drei weitere Themen hinzu, die sie für wichtig hielt: Meinungsfreiheit, Lage nationaler Minderheiten und Schutz von Menschenrechtsverteidigern.

Die Beurteilungen und Empfehlungen an die serbische Regierung in dem 313 Seiten starken Bericht der CSO sind ausführlich und zahlreich. Es seien hier nur einige Empfehlungen herausgegriffen: Änderung des Wahlrechts, um Angehörigen ethnischer Minderheiten die Möglichkeit zu geben, für ihre Interessen einzutreten, und ganz allgemein eine umfassende Integrationspolitik für Minderheiten; ein Gesetz über Versammlungsfreiheit (derzeit gibt es das in Serbien nicht); neue Maßnahmen für die soziale Inklusion der Roma nach dem Vorbild des wirksamen Mechanismus der Gesundheitsmediatoren; eine Medienlandschaft ohne Druck auf die Eigentümer, Herausgeber und Journalisten von Medien; und ein Umfeld, in dem Menschenrechtsverteidiger ohne Angst vor Vergeltungsmaßnahmen tätig sein können.

Die CSO-Koalition kommentierte auch den Prozess der Selbstevaluierung an sich. Sie empfiehlt, sich nicht nur auf Themen zu beschränken, zu denen es OSZE-Berichte gibt, da andere Themen unter Umständen größere Dringlichkeit haben. Und sie regte an, die CSO mögen ihr Feedback schon zu Beginn eines Vorsitzes abgeben, damit dieser das Jahr seines Mandats dazu verwenden kann, die Empfehlungen umzusetzen und mit der begleitenden Kontrolle zu beginnen.

Weiterführende Informationen

Ergebnisdokumente der parallelen OSZE-Konferenz der Zivilgesellschaft 2015, darunter Feedback by the CSO Coalition for the Monitoring of Serbia's OSCE Chairmanship: www.helsinki.org.rs/hrights_t12.html

Informationen zur Civic Solidarity Platform: www.civicsolidarity.org

Der Weisenrat zur europäischen Sicherheit als gemeinsames

Projekt Neubeginn für die europäische Sicherheit

Auf dem Ministerratstreffen in Basel im Dezember 2014 rief der damalige Amtierende Vorsitzende, der Schweizer Außenminister Didier Burkhalter, im Namen der OSZE-Troika den Weisenrat zur europäischen Sicherheit als gemeinsames Projekt (Panel of Eminent Persons on European Security as a Common Project) ins Leben.

Auf dem vom serbischen Vorsitz in Belgrad ausgerichteten Ministerrats-treffen im Jahr darauf wurde der abschließende Bericht über die Beratungen der Gruppe erfahrener Staatsmänner und Sachverständigen aus der ganzen OSZE-Region unter dem Titel Back to Diplomacy mit großem Interesse aufgenommen. Der Bericht wurde am ersten Tag des Treffens vorgestellt, beim traditionellen Mittagessen der Minister besprochen und war Gegenstand einer eigenen Nebenveranstaltung und Pressekonferenz. Botschafter Wolfgang Ischinger, Vorsitzender des Weisenrates, fasste die wichtigsten Punkte des Berichts wie folgt zusammen:

„Alle Mitglieder des Panels waren sich ausnahmslos darin einig, dass die aktuelle Lage wirklich die gravierendste und gefährlichste Herausforderung für die europäische Sicherheit seit dem Zerfall der Sowjetunion vor über 25 Jahren darstellt. Unsere erste, kurzfristige Empfehlung lautet, dass wir versuchen sollten, das Gefahrenpotenzial der derzeitigen Lage zu verringern. Wir sind entschieden der Ansicht, dass dringend Maßnahmen zwischen allen betroffenen Parteien getroffen werden müssen, um Missverständnisse, Fehlinterpretationen und eine unbeabsichtigte Eskalation zu verhindern. Ein besonderer Aspekt ist die Aktualisierung des Wiener Dokuments [des wichtigsten Dokuments der OSZE für militärische vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen].

Zweitens sind wir bei unseren Erörterungen zu der Erkenntnis gelangt, dass die Narrativen des Westens den von Russland verbreiteten Darstellungen der Ereignisse diametral entgegenstehen und allein schon dadurch die Situation verschärfen. Sie machen eine Annäherung, den Aufbau von Vertrauen zu einer noch größeren Herausforderung. Deshalb sind wir in unserem Bericht auf drei verschiedene Narrative so ausführlich eingegangen.

Drittens sind größere Fortschritte bei den Minsker Verhandlungen über eine Lösung der Krise in der und um die Ukraine eine

Grundvoraussetzung für alle weiteren Bemühungen um eine erneute Festigung der europäischen Sicherheit. In unserem Bericht wird das als ganz besonders wichtig hervorgehoben, und wir gehen sogar so weit, vorzuschlagen, in der Folge das sogenannte Normandie-Format (das Russland, die Ukraine, Frankreich und Deutschland umfasst) zu erweitern und etwa die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich mit einzubeziehen.

Schließlich schlagen wir im Hinblick auf die umfassendere strategische Dimension vor, einen robusten, langfristigen diplomatischen Prozess anzustoßen, der die Parteien zurück an den Verhandlungstisch bringt. Wir müssen einen Weg finden, wie wir wieder miteinander ins Gespräch kommen können; wir müssen eine diplomatische Maschinerie in Gang bringen, die nach den Helsinki-Prinzipien funktioniert – nicht, um Helsinki abzuändern, aufzuweichen oder zu schwächen, sondern um diese Prinzipien zu stärken und zu bekräftigen. Abschließend noch eine Anregung: Sollte dieser diplomatische Prozess in Gang kommen, was hoffentlich unter dem deutschen OSZE-Vorsitz im kommenden Jahr der Fall sein wird – möchten wir ihn eher als einen Langzeitprozess verstanden wissen, dessen letztendliches Ziel ein Gipfeltreffen sein sollte. Wenn ein solcher Gipfel, im Falle eines Erfolges, zu einer Stärkung der europäischen Sicherheit führen soll, dann bedarf er einer sorgfältigen Vorbereitung, bilateraler Konsultationen in kleinen Gruppen, vertraulicher Aussprachen. Es ist besser, gemeinsam um einen Tisch zu sitzen und diplomatische Lösung auf der Grundlage von Helsinki auszuarbeiten, als einander im Donbass zu bekämpfen. Deshalb hoffe ich, dass unser Bericht etwas bewirken wird. Ich hoffe, dass man auf ihn zurückgreift, wenn die OSZE, wenn die Länder, um die es geht, weiter an einer Lösung arbeiten.“

Weiterführende Informationen:

Back to Diplomacy: Final Report and Recommendations of the Panel of Eminent Persons on European Security as a Common Project:

www.osce.org/networks/205846

Lessons Learned for the OSCE from its Engagement in Ukraine: Interim Report and Recommendations of the Panel of Eminent Persons on European Security as a Common Project:

www.osce.org/networks/164561

Reviving Co-operative Security in Europe through the OSCE Contribution of the OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions to the Panel of Eminent Persons 2015:

www.osce.org/networks/188176

„Die OSZE und die Sicherheit in Europa überdenken“ von Fred Tanner, in *Security Community*, Ausgabe 1, 2015:

www.osce.org/magazine

Weiterführende Informationen unter:

www.osce.org/networks/pep

Akzeptieren, was ist, und etwas daraus machen

Adam Kobieracki war von 2011 bis 2015 Direktor des Konfliktverhütungszentrums (KVZ) der OSZE. Seine Tätigkeit bei der und für die OSZE erstreckte sich über viele Jahre. Sie begann 1986, als er als Mitglied der polnischen Delegation zum KSZE-Folgetreffen in Wien entsandt wurde. Als polnischer Diplomat spielte er eine führende Rolle bei den Verhandlungen zum Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) und den Gesprächen über die Anpassung des KSE-Vertrags. 1991 stieß er zur Ständigen Vertretung Polens bei der OSZE in Wien und führte die Verhandlungen über Sicherheitsdokumente wie das Dokument über stabilisierende Maßnahmen für örtlich begrenzte Krisensituationen, das Wiener Dokument 1994 und die Europäische Sicherheitscharta der OSZE. Von 1997 bis 2000 war er Leiter der polnischen Delegation und führte als solcher in der Zeit des polnischen OSZE-Vorsitzes im Jahr 1998 den Vorsitz im Ständigen Rat.

Welche Veränderungen haben Sie in Ihrer Amtszeit als Direktor des Konfliktverhütungszentrums erlebt?

Der OSZE-Raum war vor vier Jahren natürlich stabiler. Es gab wohl Langzeitkonflikte, es gab Spannungen, aber nichts, was mit dem vergleichbar wäre, was wir seit eineinhalb Jahren in der Ukraine erleben. Unsere Konfliktverhütung hat sich also in operativer Hinsicht wenig verändert. Unsere größte operative Anstrengung gilt de facto dem Krisenmanagement in der Ukraine. Abgesehen davon ist ein anhaltender Trend zur Änderung des Formats unserer Feldoperationen festzustellen. Einige wurden geschlossen, andere zu Büros eines Projektkoordinators umfunktioniert. Aus ganz unterschiedlichen Gründen. Für manche Teilnehmerstaaten bedeutete eine Feldpräsenz eine Art von Stigmatisierung, andere waren mit der politischen Berichterstattung nicht glücklich und wieder anderen gefiel es nicht, dass überhaupt Bericht erstattet wurde.

Wir müssen das akzeptieren, es gehört nun einmal zum Leben. Für die OSZE bedeutet es jedenfalls eine Herausforderung und eine Chance zugleich, unser Engagement vor Ort auf eine neue Basis stellen zu müssen. Vielleicht brauchen wir nur ein kleineres Büro, eine Art Außenstelle des Sekretariats; vielleicht brauchen wir eine subregionale oder regionale Präsenz. Das wird sich zeigen. Ich glaube aber, dass eine Veränderung wahrscheinlich stattfinden wird, vielleicht nicht in Umsetzung eines zuvor ausgehandelten Konzepts, sondern als Reaktion auf die Umstände. Derzeit arbeiten wir an der Einrichtung einer kleinen Präsenz in Minsk, die die Trilaterale Kontaktgruppe [das Verhandlungsgremium für die

Lösung des Konflikts in der und um die Ukraine, die aus der Ukraine, Russland und der OSZE besteht] unterstützen soll. Das hätte man nicht vorweg als Konzept aushandeln können. Das ist vielmehr eine Reaktion auf die aktuellen Notwendigkeiten. Ich glaube, dasselbe wird auch bei den anderen Feldpräsenzen geschehen.

Ich möchte damit keinesfalls sagen, dass sie nicht notwendig sind. Wir brauchen eine Form der Präsenz vor Ort. Wir müssen Augen und Ohren vor Ort haben. Unsere Kollegen müssen genau Bescheid wissen, welche Probleme unter Umständen zu Spannungen oder Krisen im OSZE-Raum führen können. Wenn, was wir jetzt haben, einigen Teilnehmerstaaten nicht gefällt – nun, dann müssen wir uns damit abfinden und mit ihnen zusammenarbeiten. In einigen Fällen mag es möglich sein, die Funktionsweise unserer Missionen etwas anzupassen. Oder wir können etwas Neues erfinden, ohne Abstriche bei den Kernprinzipien, standards und normen, den drei Dimensionen der Sicherheit, zu machen. Die sollten unantastbar bleiben. Wie wir unsere Verpflichtungen erfüllen, wie wir arbeiten – das ist etwas anderes.

Welche neue Art von Feldbüros könnte Ihrer Meinung nach gut funktionieren?

Da sind mehrere Szenarios vorstellbar. Wenn es darum geht, Zugang zu den Menschen vor Ort zu finden, können Experten in Projektkoordinierungsbüros genauso gut wie die Mitarbeiter von herkömmlichen Feldmissionen den Kontakt zu verschiedenen Organisationen, Institutionen und Netzwerken halten. Der Unterschied liegt in der politischen Berichterstattung. Die Berichterstattungsfunktion müsste irgendwie ausgebaut werden. Sie könnte über die Berichte über die Projektdurchführung erfolgen. Das wäre eine Möglichkeit. Eine zweite Möglichkeit

wären mobile Teams, Besichtigungsteams. Unsere offene Arbeitsgruppe zum Konfliktzyklus arbeitet nach wie vor nicht nur zum Schwerpunktthema Mediation, sondern beschäftigt sich mit verschiedenen Formen der Konfliktverhütung, des Krisenmanagements und der Krisenbeilegung. Eine davon ist die Frühwarnung; und Frühwarnung ist nicht so weit von einer politischen Berichterstattung entfernt.

Man muss sich das alles ansehen und neue Instrumente entwickeln. Ich kann hier und heute nicht vorhersagen, wie diese im Einzelnen aussehen werden. Da gibt es zu viele Details, die das Bild sehr komplex machen. So ist die aktuelle Sicherheitslage, vorsichtig ausgedrückt, etwas instabil. Dann gibt es die Implementierungsbilanz in Bezug auf Normen, Standards und Prinzipien. Die Teilnehmerstaaten streiten ständig darüber, wer die Normen einhält und wer nicht. Zwischen den Teilnehmerstaaten gibt es überhaupt kein Vertrauen. Ich habe keine Ahnung, wohin sich die Dinge entwickeln werden, ob wir schließlich einen neuen Sicherheitsrahmen für Europa aushandeln oder die OSZE flexibler machen. Ich weiß auch nicht, ob sich in der Ukraine-Krise der Staub schon im kommenden Jahr legen wird oder ob das noch länger braucht. Im nächsten Jahr werden wichtige politische Entwicklungen stattfinden, beginnend mit dem NATO-Gipfel, der zur Sicherheitsperzeption insgesamt im OSZE-Raum beitragen wird. Zu viele Dinge sind derzeit im Fluss. Das einzige, was ich also zum jetzigen Zeitpunkt sagen kann: Ja, die OSZE ist wieder einmal in einer Situation, in der sie sich kritisch damit auseinandersetzen muss, welche Werkzeuge, welches Handlungsinstrumentarium, welche Mechanismen und so weiter ihr zur Verfügung stehen – und dann zu schauen, was getan werden kann.

Sie sagten, es gäbe kein Vertrauen zwischen unseren Teilnehmerstaaten. Ist das nicht eine niederschmetternde Feststellung im Jahr Helsinki+40?

Ja, aber so ist es nun einmal. Die Gedenkveranstaltung Helsinki+40 im Juli in Helsinki war keine Zusammenkunft, bei der eitel Freude und Wonne herrschte. Für mich war das vor allem ein Treffen, das jeden daran erinnern sollte, dass die Prinzipien von Helsinki nach wie vor gültig sind, und eingehalten, geachtet und umgesetzt werden sollten. So haben wir den vierzigsten Jahrestag gefeiert. Ich sage nicht, dass es absolut kein Vertrauen gibt. Aber, offen gestanden, wenn ich die Diskussionen in den Sitzungen des Ständigen Rates von damals, als ich vor vier Jahren dazu kam, mit dem vergleiche, was sich im vergangenen Jahr in der Hofburg abgespielt hat, dann liegen Welten dazwischen. Das Format, der Konferenzsaal sind dieselben, aber die Erklärungen, das politische Niveau der

Diskussionen, die Anschuldigungen sind unglaublich, vergleicht man sie mit der Atmosphäre von vor vier Jahren. Wir befinden uns inmitten einer der schwerwiegendsten sicherheitspolitischen Krisen im OSZE-Raum seit dem Ende des Kalten Krieges.

Wo bleiben in dieser Situation, in der ganz offen gegen Prinzipien verstoßen wird, OSZE-Strategien wie Versöhnung?

Zu allererst brauchen wir Zeit und Geduld. Die Zeit für Versöhnung und Mediation wird kommen. Das hat schon immer Zeit gebraucht. Im Falle Polens mussten nach dem Ende des Kalten Krieges zwanzig Jahre vergehen, ehe wir in der polnisch-russischen Gruppe für schwierige Angelegenheiten mit wirklicher Versöhnung zwischen der Russischen Föderation und Polen beginnen konnten. Professor Adam Rotfeld und Professor Anatolij Torkunow haben Großes geleistet und Beeindruckendes erreicht. Aber es hat zwanzig Jahre gedauert, bis der Prozess aufgenommen werden konnte, und jetzt scheint er – erneut aus offensichtlichen politischen Gründen – vom Winde verweht. Wir können von den Menschen in der Ukraine momentan nicht erwarten, in der Stimmung für Versöhnung zu sein. Erstens müssen sie die Realität akzeptieren. Wenn ich sage „die Realität akzeptieren“, dann meine ich damit nicht, dass man akzeptieren muss, dass eine Aggression stattgefunden hat oder wie immer man das nennen möchte. Man muss akzeptieren, wo man steht. Und ausgehend davon muss man überlegen, was man tun möchte. Wollen Sie Ihr Unglück allen mitteilen? Okay, Ihre Entscheidung. Wollen Sie, dass andere Ihnen helfen, wieder auf die Füße zu kommen? Ihre Entscheidung – aber in diesem Fall liegen die Dinge ein bisschen anders. Gleichzeitig muss auch Moskau Verantwortung für seine Handlungen im Zusammenhang mit der Krise übernehmen.

Wenn wir uns nun das große Ganze, den Aufbau einer OSZE-Sicherheitsgemeinschaft ansehen, dann möchte ich an das geflügelte Wort erinnern „Der Weg ist das Ziel“. Bei politischen Prozessen zählt nicht so sehr das Ergebnis, das Dokument, das unterzeichnet wird, sondern vielmehr, dass Menschen sich zusammensetzen, miteinander reden, versuchen, dem anderen etwas zu erklären. Wir sollten nicht darüber enttäuscht sein, dass wir nicht in der Lage sind, in einem, in zwei oder vielleicht sogar erst in fünf Jahren einen neuen gesamteuropäischen Sicherheitsvertrag zu unterzeichnen. Die Art und Weise, wie über die Ukraine-Krise diskutiert wird, beeinträchtigt das politische Klima, aber dennoch ist es gut, dass diese Treffen stattfinden, dass es diese Debatte gibt. Es wird Zeit brauchen, aber es gibt zumindest einen Kanal für den Austausch – selbst wenn es nur gegenseitige Anschuldigungen sind; doch Schritt für Schritt sollten wir uns in eine andere Richtung bewegen. Der Prozess ist wichtig, nicht nur das Ergebnis.

Sie sagen, es sei wichtig, den Prozess in Gang zu halten. Aber hat es nicht den Anschein, als ginge die Entwicklung weg vom Multilateralismus zurück zur Vorstellung, dass nur eine kleine Gruppe von Staaten über die Konfliktlösung entscheidet?

Um diese Frage zu beantworten, muss ich ins Philosophische gehen. Was ist die OSZE? Zu allererst ein bestimmter Fundus an Werten, Normen und Prinzipien. Damit meine ich nicht die Dokumente an sich, sondern eine gewisse Axiologie. Wenn man von „OSZE“ spricht, sollte man auch sagen können: „Ich meine damit eine bestimmte Einstellung, bestimmte Werte, die sich nicht nur aus den Dokumenten ableiten“.

Was ist die OSZE sonst noch? Sie ist eine Sammlung von Instrumenten und Mechanismen, von der die Teilnehmerstaaten Gebrauch machen können oder auch nicht. Was derzeit passiert, ist auch Ausdruck der Stimmungslage unsere Teilnehmerstaaten. Sie verwenden die vorhandenen Kommunikationskanäle für harte Auseinandersetzungen.

Und dann gibt es, wenn man so will, die dritte Ebene der OSZE, das sind wir, die Menschen, die Bediensteten, das Verwaltungspersonal und die Experten, die für die Organisation arbeiten. Aber was können wir tun? Wir können nur das tun, was der kollektive Wille der Teilnehmerstaaten zu akzeptieren bereit ist und von uns verlangt.

In der jetzigen Phase sind die Teilnehmerstaaten einfach nicht in der Stimmung – und dafür gibt es einige Gründe –, von manchen der Instrumente, die wir für sie bereit halten, Gebrauch zu machen, die da sind Mediation und Vermittlung, Versöhnung, vertrauensbildende Maßnahmen, diverse Missionen und verschiedene Arten der Berichterstattung. All das steht zur Verfügung. Wir sind die Hüter der Instrumente und Mechanismen, aber wir können sie nicht verordnen.

Unsere Aufgabe ist es, dafür Sorge zu tragen, dass diese Instrumente, die zurzeit nicht verwendet werden – wie Versöhnung, wie Mediation, der Vergleichs- und Schiedsgerichtshof in Genf, der de facto noch nie im Einsatz war – funktionsfähig bleiben, in der Hoffnung und unter der Annahme, dass der Tag kommen wird, an dem sich der Staub langsam legt und sie eingesetzt werden können.

Wie können wir in der OSZE dafür sorgen, dass wir in unserer Konzentration auf den Schwerpunkt Ukraine nicht andere Orte vernachlässigen, wo es Langzeitkonflikte gibt oder wo es vielleicht im Moment keinen Konflikt gibt, aber in zwei oder drei Jahren etwas passieren kann?

Eigentlich haben Sie Ihre Frage fast schon selbst beantwortet. Wenn wir die anderen Krisen in Vergessenheit geraten lassen, dann werden sie uns – vermutlich schon bald – einholen. Angesichts der Art der Krise und der Größenordnung unseres Engagements ist es unvermeidlich, dass wir uns auf die Ukraine konzentrieren. Zugleich liegt es jedoch am Vorsitz, eine politische Botschaft auszusenden, die da lautet: „Wir konzentrieren uns zwar operativ auf die Ukraine, vergessen jedoch darüber nicht auf andere Dinge“.

Wir müssen auch eine gewisse politische Realität akzeptieren, ob uns das nun gefällt oder nicht – auch wenn das vielleicht politisch nicht ganz korrekt ist. Ich sage: Natürlich hat die „Krise in der und um die Ukraine“, wie es politisch korrekt heißt, Auswirkungen auf andere Konfliktgebiete. Eine Lösung für Transnistrien ist nicht vorstellbar, solange es keine Klarheit über die Zukunft des Donbass gibt. Angesichts der an dieser Krise beteiligten Staaten können wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum irgendwelche Fortschritte im Südkaukasus erwarten. Das hat politische, strategische und sogar geopolitische Auswirkungen. Wir werden also andere Konflikte gar nicht vergessen können, und natürlich müssen wir, wenn wir einen anderen Gang einlegen, darauf achten, dass wir nicht im Leerlauf landen, sondern dass wir immer noch fahren können, auch wenn wir langsamer fahren müssen als vorher.

Wie definieren Sie die Aufgabe der Konfliktverhütung?

Die ganze OSZE dreht sich um Konfliktverhütung. Sogar unsere Grundlagendokumente – angefangen von der Schlussakte von Helsinki und der Charta für Europa – handeln alle von Konfliktverhütung: Regeln, Normen und Standards, die vereinbart wurden, um es den Teilnehmerstaaten leichter zu machen, zu kooperieren, um Konflikte zu verhüten.

Das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) ist nur ein Teil davon; es ist eine spezialisierte Organisationsstruktur innerhalb der OSZE, die sich mit bestimmten konzeptionellen und operativen Elementen dieser Kernaufgabe befasst. Andere Abteilungen des Sekretariats, wie zum Beispiel die Abteilung für die Befassung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen, betreiben auch Konfliktverhütung, aber in einigen klar umrissenen, konkreten Bereichen, wie Polizei und Grenzen.

Heutzutage sieht man die Konfliktverhütung im größeren Zusammenhang des gesamten Konfliktzyklus – also nicht nur als Verhütung per se, sondern auch unter Einschluss von Frühwarnung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge.

Haben Sie eine Vision, wie die Zukunft des Konfliktverhütungszentrums aussehen könnte?

Aus meiner Sicht gibt es zwei Best-Case-Scenarios, nicht nur für die Organisationseinheit KVZ an sich, sondern auch für die Konfliktverhütung als Kernaufgabe der OSZE. Eine Möglichkeit wäre die Zusammenfassung der Konfliktverhütung im Sekretariat – denn man könnte einwenden, die derzeitige Organisationsstruktur sei zersplittert. Im Grunde hängt es von uns, den Menschen ab, ob Strukturen funktionieren oder nicht. So hatte ich zum Beispiel niemals Probleme, mit Kollegen aus der Abteilung für die Befassung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen, die für Grenz- und Polizeianglegenheiten zuständig sind. Wenn die Beziehungen zwischen den Abteilungen gut sind und man nicht Dinge vor einander geheim hält, dann spielt es doch eigentlich keine Rolle, ob unsere Büros nebeneinander auf demselben Flur liegen oder auf unterschiedlichen Ebenen. Ich denke nicht in Strukturen.

Die andere Möglichkeit – und das ist meine Idealvorstellung – besteht darin, aus dem Konfliktverhütungszentrum eine unabhängige Institution nach dem Vorbild des Büros für demokratischen Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) oder des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten zu machen, was notwendig wäre, um Konfliktverhütung, Frühwarnung, Krisenmanagement und Konfliktlösung wirklich effektiv und effizient zu gestalten. Weshalb? Hier, im Sekretariat ist die gesamte Konfliktverhütung in unmittelbarer Nachbarschaft zum Ständigen Rat mit seiner Konsensregel und seinen politisch turbulenten Sitzungen angesiedelt. Könnte das KVZ so wie das ODIHR operativ selbstständig handeln – selbstverständlich im Rahmen bestimmter Vorgaben, Regeln und Mandate usw. –, dann hätte wir inzwischen vielleicht an die 2 000 Beobachter und 1 000 unbemannte Luftfahrzeuge, die in der Ukraine unterwegs wären. Es geht mir dabei nicht darum, etwas gegen den Willen der Teilnehmerstaaten zu unternehmen, sondern um eine größere Entfernung von der stürmischen politischen See und von manchen Tendenzen in Richtung Mikromanagement.

Diese Vorstellung ist nicht gegen das Sekretariat gerichtet. Aus meiner Sicht hat die OSZE im Wesentlichen zwei Missionen zu erfüllen, deren eine die Konfliktverhütung ist. Die zweite besteht darin, den Teilnehmerstaaten dabei behilflich zu sein, einen Sicherheitsdialog zu führen. Was spricht denn gegen eine unabhängige Institution KVZ und ein Sekretariat, das die Sicherheitsdialogfunktion übernimmt und den Teilnehmerstaaten dabei hilft, Vereinbarungen zu den Fragen auszuhandeln, die ihnen ein Anliegen sind?

Dieses neue KVZ – sollte es denn je eine Überlegung wert sein – wäre wohl eher eine für den Konfliktzyklus, das Krisenmanagement zuständige Institution. Es könnte aus dem derzeitigen KVZ, der Abteilung für die Befassung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen und einigen anderen Organisationseinheiten bestehen, ergänzt durch alle erforderlichen Kontrollstrukturen, durch die sichergestellt wird, dass nichts gegen den Willen der Teilnehmerstaaten geschieht.

Das klingt vielleicht nach Science Fiction, und vermutlich würden die Teilnehmerstaaten dem in sicheren Zeiten auch niemals zustimmen. Dergleichen würde man nur in Zeiten einer schweren Krise überhaupt andenken, vielleicht, wenn man eine Krise soeben überwunden hat und nach innovativen Lösungen Ausschau hält. Man muss sich auf stürmischer See befinden, um über Derartiges nachzudenken. Also jetzt... [lacht]

Was sind ihre schönsten und Ihre schlimmsten Erinnerungen aus den letzten vier Jahren?

Meine schönste Erinnerung wird immer die Erinnerung an Menschen sein. Ich hatte unwahrscheinliches Glück mit meinen Mitarbeitern. Sie sind nicht nur höchst engagierte Fachleute in ihrem Bereich, sondern brauchen im Wesentlichen nicht mehr als eine minimale Anleitung, eine kleine Orientierungshilfe, und das Vertrauen ihrer Vorgesetzten – Mikromanagement war nie meine Sache. Doch nicht nur meine Mitarbeiter im KVZ werde ich in Erinnerung behalten, auch die Freunde aus anderen Abteilungen des Sekretariats, vom Konferenzdienst – da gibt es Leute, die ich seit den 1990er Jahren kenne, aus der Zeit, als wir in den Delegationen waren. Der größte Freundeskreis, den ich je hatte, ist vermutlich jener in Wien. Insgesamt habe ich hier 17 Jahre meines Lebens verbracht – und noch immer spreche ich kein Deutsch, was auch eine Leistung ist. Soviel also zu meinen schönsten Erinnerungen.

Und die schlimmsten? Nun, offen gestanden gilt, auch meine schlimmsten Erinnerungen gelten Menschen, allerdings einer anderen Art von Menschen. Leider findet man nicht nur bei der OSZE, nicht nur in Wien, noch immer Menschen, die auf jede Frage, zu einem Problem, zu einem Thema, wozu auch immer, ausholen und antworten: „Also, das ist eine eminent wichtige Frage, die so eng mit einem anderen Aspekt des Problems verknüpft ist, weshalb ich Ihnen nahelege, sich das insgesamt anzusehen“. Bedauerlicherweise trifft man noch immer auf solche Leute. Wenn mir das passiert, dann halte ich den Mund – und muss mich wirklich beherrschen. ■

Aarhus-Zentren in Südosteuropa

Ein regionales Netzwerk

Wenn es nach den Wasserstraßen geht, gibt es kaum eine enger vernetzte Region als Südosteuropa. Neunzig Prozent davon sind Teil eines grenzüberschreitenden Flusseinzugsgebiets. Dreizehn Ströme fließen durch zwei oder mehr Länder: Das Einzugsgebiet der Save erstreckt sich über vier Länder, das der Drina über fünf und das Einzugsgebiet der Donau verbindet weit über die Grenzen Südosteuropas hinaus neunzehn Länder. Es ist daher nur folgerichtig, dass die Umweltschützer der Region sich zusammenschließen. Und genau das haben die von der OSZE unterstützten Aarhus-Zentren in Südosteuropa getan.

Das Sturmtief, das im Frühjahr 2014 über Südosteuropa hinwegfegte, war ein erstes Alarmsignal. Nach den Überflutungen und Erdbeben, die viele Todesopfer forderten, Hunderttausende aus ihren Heimstätten vertrieben und Schäden in Millionen Dollar Höhe verursachten, war klar, dass Frühwarnungs- sowie Rettungs- und Sanierungsmaßnahmen grenzüberschreitend koordiniert werden müssen. Im März letzten Jahres luden das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und

Umweltaktivitäten der OSZE und die OSZE-Präsenz in Albanien die Regierungsbehörden von 40 südosteuropäischen Ländern sowie internationale Experten nach Tirana ein, um über verschiedene Ansätze für die Mitwirkung der Öffentlichkeit an der Bewirtschaftung grenzüberschreitender Wasserressourcen zu beraten. Sämtliche Aarhus-Zentren aus der Region waren vertreten.

Mit Stand Januar 2016 gibt es 14 Aarhus-Zentren in Südosteuropa, in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien. Sie widmen sich der Umsetzung der Aarhus-Konvention, der jeder dieser Staaten beigetreten ist. In diesem Übereinkommen ist das Recht der Bürger verankert, sich an Entscheidungen in Umweltfragen, die ihr Leben direkt berühren, effektiv zu beteiligen.

„Was bringt das Netzwerk für die Praxis? In erster Linie eine Verstärkung der Kommunikationswege.“



Überschwemmungen in der Ortschaft Novoselë bei Vlorë (Albanien), Januar 2016

Die Aarhus-Zentren helfen ihnen, dieses Recht wahrzunehmen, indem sie Informationen bereitstellen, öffentliche Anhörungen organisieren und den Dialog über dringende Umweltfragen erleichtern. Sie beraten Bürger, Bürgergruppen und zivilgesellschaftliche Organisationen auch in grundlegenden juristischen Fragen betreffend den Zugang zu den Gerichten, wenn ihr Recht auf Information und Beteiligung an Entscheidungsverfahren verletzt wurde.

Die Anliegen können örtlich begrenzt sein, etwa Verschmutzung durch eine Mülldeponie, oder von landesweiter Bedeutung, etwa ein Entwurf für ein neues Umweltschutzgesetz. Oder aber über Landesgrenzen hinausgehen, wie im Fall grenzüberschreitender Wasserläufe.

Bei ihrem Treffen in Tirana erörterten die Vertreter der Aarhus-Zentren vor allem regionale Fragen. Sie brachten aber auch Probleme aus ihrem beruflichen Alltag zur Sprache. Es kristallisierte sich heraus, dass eine engere Zusammenarbeit für alle von Vorteil

wäre. Im Juni unterzeichneten die Aarhus-Zentren aus Südosteuropa anlässlich des Treffens der Aarhus-Zentren in Wien, das vom Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE alljährlich veranstaltet wird und an dem über 100 Interessenvertreter von Aarhus-Zentren aus der OSZE-Region teilnahmen, eine gemeinsame Erklärung, in der sie ihre Zusammenarbeit formalisierten. Das regionale Netzwerk der südosteuropäischen Aarhus-Zentren war geboren.

Zu allererst den Kontakt suchen

Was bringt das Netzwerk für die Praxis? In erster Linie eine Verstärkung der Kommunikationswege. Jedes Aarhus-Zentrum arbeitet in seinem eigenen lokalen Kontext, aber alle dienen dem-selben Zweck und stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Einander auf dem Laufenden zu halten, kann helfen. „Wir stehen in ständigem Kontakt, über Facebook oder per Telefon. Jedes Aarhus-Zentrum hat Expertenwissen auf anderen Gebieten. Ich, zum Beispiel, bin Jurist, jemand anderer ist vielleicht Umweltpolizeiter oder Biologe“, sagt Robert Murataj, der Leiter des Aarhus-Zentrums in Vlorë (Albanien). Darija Šajin in Novi Sad (Serbien) nützte ihr

Fachwissen in Kindererziehung zur Entwicklung eines für Schüler bestimmten interaktiven Programms zur Hebung des Umweltbewusstseins von Kindern, Smart Schools, das sie an das Netzwerk weitergegeben hat.

„Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit zwischen den Aarhus-Zentren stehen naturgemäß grenzüberschreitende Herausforderungen: eine verantwortungsvolle Wasserbewirtschaftung und Katastrophenvorsorge.“

Auch Unterschiede können mithelfen, die eigene Arbeit unter einem anderen Blickwinkel zu betrachten. Viktor Bjelić, der das Aarhus-Zentrum in Banja Luka (Bosnien und Herzegowina) leitet, erklärt, wie er sich mit Kollegen in Serbien austauscht: „Während die serbischen Aarhus-Zentren vor allem in städtischen Gebieten angesiedelt sind, betreuen wir sowohl den städtischen als auch den ländlichen Bereich. In Städten haben wir es beim Katastrophenschutz vor allem mit Hochwasser und Erdbeben zu tun. Im ländlichen Raum kommen Erdbeben und Waldbrände hinzu. Und es gibt Probleme mit unerlaubten landwirtschaftlichen Praktiken, zum Beispiel dem Verbrennen von landwirtschaftlichen Abfällen. Hier sind andere Ansätze gefragt. Wir organisieren Vorträge über die Verwendung landwirtschaftlicher Abfälle als Dünger. In den Städten haben die Leute Zugang zu Informationen über das Internet. Das ist in ländlichen Gebieten nicht der Fall. Die Landbevölkerung muss in gedruckter Form informiert werden. Auch ist die Solidarität in ländlichen Gemeinschaften größer und die Menschen stehen einander näher.“

Gemeinsame Herausforderungen

Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit zwischen den Aarhus-Zentren stehen naturgemäß grenzüberschreitende Herausforderungen: eine verantwortungsvolle Wasserbewirtschaftung und Katastrophenvorsorge. Jedes der Zentren hat nach den Überschwemmungen des Jahres 2014 in seinem jeweiligen geografischen Zuständigkeitsbereich an der Verbesserung der Frühwarnung und Krisenreaktion gearbeitet.

In Novi Sad schufen Šajin und ihre Kollegen ein umfassendes Netzwerk von Akteuren zur Koordinierung der Maßnahmen im Fall künftiger Katastrophen. „Wir glauben, wir haben einen Dialog in Gang gesetzt, der die Gemeinschaft stärker und sicherer machen wird“, meint sie. Das Team in Banja Luka beriet sich mit ihnen, wer teilnehmen sollte. „Sie akzeptierten unseren Vorschlag, auch Gesundheits- und Tierschutzorganisationen zur Teilnahme einzu-laden, sowie Versicherungsgesellschaften und agrarwirtschaftliche Unternehmen“, fügt Bjelić hinzu. Das Aarhus-Zentrum in Banja Luka entschied sich für eine andere Herangehensweise: Es analysierte den rechtlichen Rahmen und erstellte ein Handbuch für Kommunalverwaltungen, mit dessen Hilfe diese ihre eigenen Katastrophenschutzpläne erarbeiten können.

In Albanien ist Winterhochwasser ein häufig wiederkehrendes Ereignis. Letztes Jahr wurden in der Nähe von Vlorë 2000 Hektar Land überschwemmt und tausende Bauern mussten in Sicherheit gebracht werden. Wir forderten die Kommunalverwaltungen auf, für Gefahrenzonen ein Bauverbot zu erlassen und die Telefonnummern aller Bewohner zu registrieren, um sie rechtzeitig warnen zu können“, erklärt Murataj.

Im Dezember kam das Netzwerk der südosteuropäischen Aarhus-Zentren und Kommunen in zwei getrennten Gruppen zusammen, in denen die Teilnehmer dreieinhalb Tage in Katastrophenvorsorge unterwiesen wurden und sich zum Thema austauschten. Die Teilnehmer aus Serbien und Bosnien und Herzegowina tagten in Sarajewo, jene aus Albanien und Montenegro in Budva (Montenegro). Nationale Sachverständige und ein Ausbilder aus der Schweiz informierten ausführlich über Gefahrenkartierung und Methoden zur Risikobewertung. Die Teilnehmer fanden die im Rahmen der Ausbildung durchgeführten Exkursionen und praktischen Übungen außerordentlich nützlich. Solche Schulungseinheiten sind ein hervorragendes Mittel, um Kontakte zwischen den Lokalverwaltungen und den

„Natürlich geht es bei den Aarhus-Zentren um die Natur und um die Menschen, aber ihre Aufgabe ist hochpolitisch.“

Aarhus-Zentren zu knüpfen und Partnerschaften aufzubauen, die zu einer verstärkten Mitwirkung der Gemeinschaften an der Erstellung örtlicher Katastrophenschutzpläne führen. Natürlich geht es bei den Aarhus-Zentren um die Natur und um die Menschen, aber ihre Aufgabe ist hochpolitisch. Sie müssen das Vertrauen der Behörden gewinnen, damit sie im Interesse der Öffentlichkeit wirksam mit ihnen zusammenarbeiten können. Ein Highlight der Ausbildungswoche war die Anwesenheit von Kommunalvertretern und ihr grenzüberschreitender Dialog. „Es war eine gute Gelegenheit, eine Vertrauensbasis herzustellen, von der ausgehend wir eine Partnerschaft zugunsten unserer örtlichen Gemeinschaften aufbauen können“, meint Šajin. „Kommunen orientieren sich an den

Aarhus-Zentren für die Erziehung der Gemeinschaften. Wir bleiben mit den Teilnehmern der Ausbildung in Budva für einen weiteren Gedankenaustausch in Kontakt“, sagt Murataj.

Die ersten Aarhus-Zentren wurden von der OSZE 2002 initiiert, heute gibt es 60 Zentren in 14 Ländern – in Südosteuropa, Osteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien. Ein weiteres Beispiel von grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Netzwerk der Aarhus-Zentren ist die Zusammenarbeit zwischen den Aarhus-Zentren in Osch (Kirgisistan) und Chudschand (Tadschikistan) im fruchtbaren Ferghana-Tal in Zentralasien. Sie unterzeichneten 2014 eine Vereinbarung zur Formalisierung ihrer Beziehungen. Beiden gemeinsam sind Altlasten aus Sowjetzeiten – Uranabraumhalden, die eine gravierende Umwelt-, Sicherheits- und Gesundheitsgefährdung darstellen. Sie unternehmen gemeinsame Aktivitäten zur Hebung des Bewusstseins für die mit Uranvorkommen und Umweltkatastrophen verbundenen Risiken.

Sowohl in Südosteuropa als auch in Zentralasien könnte eine intensivere grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Aarhus-Zentren den Anstoß zu einer künftigen engeren Zusammenarbeit im politischen Bereich geben.

Weiterführende Informationen:

Safeguarding the environment in Bosnia and Herzegovina – Aarhus-style: osce.org/bih/217156

The Aarhus Centres: a Brief Introduction: osce.org/secretariat/89067

Websites von Aarhus-Zentren in der OSZE-Region: osce.org/secretariat/160246
osce.org/Aarhus



Ein afghanisches Mädchen beim Anlegen des Kopftuchs bevor es aus dem Haus geht, Kabul (Afghanistan), 2009. © Farzana Wahidy

Die Fotojournalistin Farzana Wahidy wurde in Kandahar (Afghanistan) geboren und übersiedelte mit sechs Jahren 1984 nach Kabul. In der Zeit des afghanischen Bürgerkriegs ging sie zur Schule, und als die Taliban nach der Machtübernahme Frauen den Schulbesuch verboten, erhielt sie gemeinsam mit 300 anderen Mädchen heimlich Unterricht in einer Untergrundschule, die sich in einer Wohnung befand. Nach dem Sturz der Taliban setzte Farzana die Schule fort und schloss mit dem Abitur ab.

Danach absolvierte sie eine zweijährige, vom AINA Photojournalism Institute geförderte Ausbildung.

2004 begann Farzana als Fotojournalistin bei Agence France Presse und wurde die erste afghanische Fotojournalistin, die für eine internationale Nachrichtenagentur arbeitet. Ihre Fotografien wurden bereits in Einzel- und Gruppenausstellungen weltweit gezeigt

www.farzanawahidy.com



Frauen in Afghanistan: Den Frieden bewahren

Im heutigen Afghanistan kommt Frauen beim Aufbau der Sicherheit des Landes eine verstärkte Rolle zu. Dies ist das neue Afghanistan, aber dahinter steht auch eine Tradition. Bereits vor 100 Jahren gab die afghanische Verfassung den Frauen einen Platz im öffentlichen Leben. Zwei prominente afghanische Frauen, Shukria Barakzai, die an der Ausarbeitung der neuen Verfassung 2003 mitwirkte und Vorsitzende des parlamentarischen Verteidigungsausschusses unter der früheren Regierung war, und Hasina Safi, die das afghanische Frauennetzwerk leitet, sprechen über Meilensteine und Herausforderungen bei der Verteidigung dieses Rechts.

„Sie leisten Großartiges“



Waren Frauen in Afghanistan schon früher im Sicherheitsbereich tätig?

In Afghanistan gab es zu allen Zeiten starke und mächtige Frauen: Die Sultanin Raziah regierte im 13. Jahrhundert, die Begum Gauhar-Schad im 14. Jahrhundert. 1880 scharte die Volksheldin Malalai die afghanischen Truppen um sich – zur Befreiung von der britischen Herrschaft, was in der Schlacht von Maiwand gelang. Diesen Teil unserer Geschichte kann niemand leugnen.

Als vor etwa hundert Jahren unsere erste Verfassung ausgearbeitet wurde, waren auch fünf Frauen daran beteiligt. Von Anfang an gab es im Parlament weibliche Abgeordnete. Wir hatten Frauen, die in der Industrie arbeiteten. Bildung war sehr wichtig – viele gingen ins Ausland, zum Beispiel in die Türkei, um zu studieren. Dann änderte sich alles mit einem Schlag. Nach der sowjetischen Besatzung breiteten sich die Ideen der Islamisten und Mudschahedin rasch aus. Die Kultur der Gewalt ersetzte die Kultur des Friedens. Unser Land machte schwierige Zeiten durch.

Die Präsenz der internationalen Gesellschaft, die Ende 2001 aufgenommen wurde, war wie ein Sonnenstrahl und brachte neue Hoffnung. Auf der Internationalen Afghanistan-Konferenz in Bonn wurde vereinbart, zwei Frauen ins neue Regierungskabinett aufzunehmen, und zwar eine stellvertretende Vorsitzende für Frauenangelegenheiten und eine Ministerin für öffentliche Gesundheit. Die Verfassung, die wir im Jahr 2003 verabschiedet haben, sichert Männern und Frauen Grundrechte zu und enthält sogar Bestimmungen für eine positive Diskriminierung zugunsten der Frauen. So ist ein Minimum von 25 Prozent der Sitze im Parlament weiblichen Abgeordneten vorbehalten. Sie stellt sicher, dass Frauen in verschiedenen Bereichen teilnehmen können, wie etwa im Sicherheitsbereich. Artikel 55 legt eindeutig fest, dass die afghanischen Bürger und Bürgerinnen für die Sicherheit des Landes zuständig sind.

Wie haben Sie Ihre Rolle als weibliche Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des afghanischen Parlaments erlebt?

Der Verteidigungsausschuss ist einer der wichtigsten Ausschüsse, gleich nach dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten. Er hängt direkt mit der Arbeit der afghanischen Sicherheitskräfte zusammen. Als ich nach fünfjähriger Tätigkeit in den Bereichen Menschenrechte, Zivilgesellschaft und Frauenangelegenheiten beschloss, für den Verteidigungsausschuss zu arbeiten, war die Vorstellung ein Albtraum für mich. Aber ich wusste, dass die Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen, Frieden und Sicherheit niemals Wirklichkeit werden würde, wenn sich nicht Frauen im Sicherheitssektor und im Friedensprozess engagierten. Aus diesem Grund beschloss ich, die Funktion zu übernehmen: um sicherzustellen, dass Frauenthemen nicht unter den Tisch fallen.

Wie habe ich meine Rolle als Vorsitzende wahrgenommen? In einem Jahr hatten wir zwei Arbeitsperioden von je viereinhalb Monaten. In der ersten saß ich im Ausschuss und lud die gesamte Sicherheitsinstitution ein, uns zu informieren. Wir machten uns Notizen über ihre Arbeit, ihre Strategie, ihre nationalen Konferenzen und über den Übergangsprozess, denn in diesem Jahr begann der Übergang – die schrittweise Übertragung der Sicherheitsaufgaben des Internationalen Sicherheitsbeistands (ISAF) in die Eigenverantwortung der afghanischen Sicherheitskräfte. Wir versuchten, sie aufzustocken, sie zu unterstützen und die Korruption zu bekämpfen.

Im zweiten Halbjahr fuhr ich zu den Militärstützpunkten, was äußerst unüblich ist. Für die meisten Männer war es das erste Mal, dass sie vor einer Frau an einem Militärstützpunkt salutierten. Tatsächlich war es auch das erste Mal, dass ein Regierungsvertreter kam und sich dafür interessierte, wie es ihnen ging. Ich war bemüht,

mich intensiv mit ihrer Situation auseinanderzusetzen, angefangen bei ihren Arbeitsbedingungen. Aßen und schliefen sie ausreichend? Wie war ihre medizinische Versorgung? Bekamen sie ihren Sold? Wie kämpften sie? Wie organisierten sie sich? Wo war ihre Luftunterstützung? Wo ihre Unterstützung am Boden? Es war ein echter Lernprozess für mich – und nicht nur für mich, sondern auch für sie.

Am Militärstützpunkt zu übernachten, mich dort aufzuhalten, in die Kampfgebiete zu gehen, in Militärhubschraubern bei offenen Türen gemeinsam mit bewaffneten Männern zu fliegen – all das war völlig neu für mich und ich dachte mir immer: „Ja, das bin tatsächlich ich. Ich, die immer gegen diese Waffen war, und jetzt schaut mich an!“

„Wie konnten Sie Frauen im Sicherheitssektor unterstützen?“

Das war ein fortschreitender Prozess. Ich suchte Frauen auf, die in den afghanischen Sicherheitskräften und bei der Polizei arbeiteten. Ich erkundigte mich nach ihrer Bezahlung und sie schilderten mir ihre Situation, auch Fälle sexuellen Missbrauchs. Ich erinnere mich daran, einmal bei einer Konferenz den Innenminister angewiesen zu haben: „Jeder Mann, der es gegenüber einer Polizistin an der erforderlichen Achtung fehlen lässt, ist öffentlich zu bestrafen – als abschreckendes Beispiel für die anderen.“ Leider ist Missbrauch eine Realität; er kommt immer wieder vor, ob es uns gefällt oder nicht.

Grundsätzlich ist es so, dass Frauen und Männer gleich bezahlt werden sollten; wir haben aber beschlossen, Frauen im Sicherheitssektor ein höheres Gehalt zu zahlen, damit sie nicht so viele Nachtdienste machen müssen und bei ihren Kindern bleiben können. Wir haben uns auch bemüht, Kindergärten und Gemeinschaftsunterkünfte für Polizistinnen zur Verfügung zu stellen. Leider ist es für Kinder in unserer Kultur nach wie vor ein Makel, eine Mutter in Uniform zu haben: die Nachbarn hänseln sie, weil ihre Mutter Männerkleider trägt und Ähnliches mehr.

Wir müssen darauf hinarbeiten, eine Änderung dieser Einstellung herbeizuführen, das vorbildhafte Image von Frauen im Sicherheitssektor zu pflegen. Es gibt bereits Frauen, die Militärpilotinnen sind. Sie arbeiten in den afghanischen Sicherheitskräften, aber nicht nur im Innendienst. Sie fliegen Sondereinsätze, auch Nachteinsätze, die sehr wichtig sind. Wie in Hollywood-Filmen seilen sich von Hubschraubern ab. Sie sind gut ausgebildet und leisten hervorragende Arbeit. ■

„Frauen sind für die Nationenbildung unverzichtbar“ nationale“

Hasina Safi



Wie hat das Netzwerk afghanischer Frauen (AWN – Afghan Women’s Network), das Sie leiten, Frauen dabei geholfen, am Versöhnungsprozess in Afghanistan teilzunehmen?

Das AWN war seit seiner Gründung in die Friedensbemühungen eingebunden. Eigentlich begann unsere Arbeit bereits 1995, aufgrund der Konfliktsituation und der schwierigeren Lage der Frauen in Afghanistan zu dieser Zeit.

Frauen kommt eine wichtige Rolle zu. Wenn man bedenkt, dass die Familie das Fundament der Gesellschaft und die Energie von Frauen eine treibende Kraft in den Familien ist, wird klar, dass Frauen nicht nur für den Versöhnungsprozess sondern auch für Stabilität und die Nationenbildung unverzichtbar sind.

Unseren ersten Erfolg im Kampf um die Einbindung von Frauen in den Friedensprozess erzielten wir 2010 bei der ersten Friedens-Dschirga, einer landesweiten Beratung über Frieden für Afghanistan. Es war die erste nationale Dschirga, bei der Frauen am Versöhnungsprozess teilnehmen durften, wie es ja in der Verfassung verankertes Recht ist. Vier Frauen wurden zur Teilnahme eingeladen. Als wir sahen, dass nur vier eingeladen worden waren, brachten wir die Angelegenheit vor den Präsidenten unter Hinweis auf die Verfassung und die Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (UNSCR) über Frauen, Frieden und Sicherheit. Nach viel Überzeugungsarbeit erreichten wir schließlich, dass von den insgesamt 1600 Delegierten 240 Frauen sein sollten.

Seit der Einrichtung des Hohen Friedensrates in Afghanistan im Rahmen des Friedens- und

Reintegrationsprogramms arbeiten wir mit Frauen zusammen, die Mitglieder der Friedensräte in den Provinzen sind. Wir waren in Kabul tätig, wurden uns dann aber bewusst, dass Frauen in den Provinzen nur begrenzte Möglichkeiten hatten. Daher begannen wir mit der Entwicklung von Kapazitätsaufbauprogrammen. Anfangs nahmen sie das Angebot nur zögernd an und hatten wenig Selbstvertrauen. Aber heute trauen sich einige hinaus, sprechen mit Frauen und ihren Familien, ja sogar mit Mitgliedern bewaffneter Gruppen. Sie sind Frauen, die argumentieren können. Sie zeigen, wozu sie fähig sind und dass sie aktiv am Versöhnungsprozess teilnehmen.

Wie wichtig ist die UNSCR 1325 für Afghanistan?

Es ist schon 15 Jahre her, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die UNSCR 1325 verabschiedete. Vor zehn Jahren war ihre Bedeutung den Entscheidungsträgern in Afghanistan noch nicht klar. Sie war lediglich eine Zahl. Aber nach und nach anerkannte man – dank der Bewusstseinsbildung durch die verschiedenen UN-Mitgliedstaaten und ihre jeweiligen Partner – dass sie ein wichtiges Dokument ist, um Frauen in Konfliktzonen in den Friedens- und Versöhnungsprozess einzubeziehen.

Im Juni dieses Jahres startete Afghanistan seinen Nationalen Aktionsplan zu UNSCR 1325. Zwei Jahre arbeiteten wir an seiner Entwicklung. Ich saß im beratenden Ausschuss und das AWN war auch im technischen Ausschuss vertreten. Darüber hinaus arbeiteten wir mit dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten zusammen, um zu definieren, was die UNSCR 1325 für die Frauen in Afghanistan bedeutet: was sie sich vom Frieden erwarten, mit welchen Herausforderungen sie konfrontiert sind. Wir befragten landesweit Frauen an der Basis und lieferten dem Ministerium Ideen und Empfehlungen im Namen der Zivilgesellschaft für den Nationalen Aktionsplan.

Wir verfassen jährliche Schattenberichte – ähnlich den Berichten der Länder, die die UNSCR 1325 bereits ratifiziert haben. Die Berichte basieren auf den vier Säulen der UNSCR 1325: Prävention, Schutz, Mitsprache, Soforthilfe und Wiederaufbau. Sie dienen der Beobachtung der Vorgänge vor Ort, z.B. wie Frauen gefördert werden, und vergleichen die Ergebnisse mit den Durchführungsindikatoren der Resolution.

Können Sie uns etwas über Ihre Bemühungen sagen, mehr weibliche Politiker in die Regierung und in den Sicherheitssektor zu bringen?

Wie bereits eingangs erwähnt, enthält unsere Verfassung mehrere Artikel, die die Teilhabe von Frauen am

öffentlichen Leben unterstützen. Zunächst konzentrierten wir uns darauf zu erreichen, dass Frauen überhaupt in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Heute kämpfen wir darum, dass es mehr werden. Derzeit sitzen 68 Frauen im Parlament. Wir haben uns auch für die Aufnahme von Frauen in die Regierung eingesetzt und mindestens acht Posten für sie gefordert. So weit sind wir noch nicht, aber es sind immerhin schon vier.

Auch wenn es bereits Frauen in den Sicherheitskräften gibt, müssen wir uns Gedanken über die Qualität ihrer Chancen machen. Frauen im Sicherheitssektor sind mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Viele von ihnen sind verwitwet und sorgen allein für den Unterhalt ihrer Familie. Gibt es Probleme am Arbeitsplatz, schweigen sie oft darüber – aus Angst, ihre Arbeit zu verlieren. Auch im Hinblick auf Verdienst und Vorrechte zum Beispiel haben Männer und Frauen nicht die gleichen Chancen. So kommt es vor, dass männlichen Polizisten Fahrzeug und Leibwächter zur Verfügung gestellt wird, während die Frauen nicht einmal ihre Fahrtkosten erstattet bekommen. Die Witwen unter ihnen brauchen jemanden, der auf ihre Kinder aufpasst. Gibt es Einrichtungen wie Kindergärten? Üblicherweise nicht. Wir haben auch gehört, dass in einigen konservativen Gegenden die Leute nicht bereit sind, ihre Häuser an Polizistinnen zu vermieten, weil sei keine „guten Frauen“ seien. Das sind nur einige der Schwierigkeiten, mit denen Frauen noch immer zu kämpfen haben.

Saule Mukhametrakhimova, Medienreferentin in der Abteilung Kommunikation und Medienbeziehungen, OSZE-Sekretariat, führte das Gespräch mit Hasina Safi.

UNSCR 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit

Die Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR) 1325 ist die erste von acht Resolutionen über Frauen, Frieden und Sicherheit. In der Resolution wird anerkannt, dass Frauen und Männer in Konflikten und Kriegen unterschiedliche Erfahrungen machen und dass beide Seiten berücksichtigt werden müssen, wenn man dauerhaften Frieden und Stabilität erreichen will. Die Resolution ruft in vier Bereichen zur Einbindung von Frauen auf – Mitwirkung von Frauen an Friedensprozessen, Schutz von Frauen in Krieg und Frieden, Konfliktverhütung und strafrechtliche Verfolgung der Täter in Fällen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt – sowie zur Einbeziehung von Frauen in die Bemühungen um den Wiederaufbau nach Konflikten.

Die OSZE, Geschlechtergleichstellung und Afghanistan

Die OSZE erachtet die Geschlechtergleichstellung als unverzichtbar für die Förderung des Friedens, die Erhaltung der Demokratie und das Vorantreiben der wirtschaftlichen Entwicklung. Aufbauend auf der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates über Frauen, Frieden und Sicherheit hat sie ihre eigenen Rahmenbedingungen entwickelt, um sicherzustellen, dass ihre umfassenden Sicherheitsbemühungen Männer und Frauen gleichermaßen einschließen. Afghanistan ist seit 2003 Kooperationspartner der OSZE. Hier einige Beispiele, wie die OSZE und Afghanistan zusammenarbeiten, um die Frauenperspektive in sicherheitsbezogene Aktivitäten einzubringen.

Friedenskonsolidierung

Die Abteilung für Genderfragen des OSZE-Sekretariats setzt sich dafür ein, dass Frauen führende Rollen in der Friedenskonsolidierung übernehmen. Um auf internationaler Ebene darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig die Ermächtigung von Frauen für die Sicherheit und Wiederversöhnung in Afghanistan ist, organisierte die Abteilung für Genderfragen des OSZE-Sekretariats gemeinsam mit der Botschaft von Afghanistan im Mai 2015 einen Besuch der afghanischen Frauenministerin, Dilbar Nazari, am Sitz der OSZE in Wien. Begleitet wurde die Ministerin von einer Delegation aus Vertretern anderer staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen, darunter die Leiterin des Netzwerks afghanischer Frauen, Hasina Safi (siehe S. 37).

Grenzmanagement

Die OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement (BMSC) in Duschanbe (Tadschikistan) fördert die Teilnahme von Frauen an ihren Ausbildungen im Bereich Grenzsicherung, bei denen Gender-Mainstreaming Teil des Basislehrplans ist. 2013 kamen die ersten afghanischen Frauen an die BMSC, 11 haben bisher an Ausbildungen teilgenommen. Die BMSC bietet auch Kurse an, die sich ausschließlich an Frauen richten: einen kurzen Kurs für weibliche Führungskräfte im Bereich Grenzsicherung und Grenzmanagement und einen ausschließlich für Frauen bestimmten Stabslehrgang mit einem Themenspektrum, das von Managementmodellen über Informationsaustausch, Migration, Menschenhandel und Schmuggel, Terrorismusbekämpfung und Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen bis hin zu Konfliktmanagement und Leadership reicht.

Zoll

Das OSZE-Zentrum in Bischkek führte fachspezifische Ausbildungen für Zollbeamte aus Kirgisistan und Afghanistan durch. Einer der Erfolge dieser Kurse war, dass sieben Zollbeamtinnen aus Afghanistan daran

teilnahmen. Das Zentrum ist fest entschlossen, weitere Beamtinnen aus Afghanistan dazu ermutigen, seine Train-the-Trainer-Kurse zu besuchen, um das Gelernte mit ihren Kolleginnen zuhause teilen zu können.

Wirtschaftliche Ermächtigung

Die wirtschaftliche Ermächtigung von Frauen ist ein wichtiger Faktor, der zu Sicherheit und Wohlstand beiträgt. Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE organisierte ein Programm für Unternehmerinnen aus Afghanistan zur Stärkung ihrer betriebswirtschaftlichen Kenntnisse, Verbesserung ihrer beruflichen Netzwerke und Ausweitung ihrer Marktchancen. Gemeinsam mit Kolleginnen aus Tadschikistan und Aserbaidschan besuchten sie 2012 einen einwöchigen Ausbildungskurs in Istanbul. (Siehe Artikel in OSZE-Magazin 4/2012).

Ausbildung

Die OSZE-Akademie in Bischkek ist ein regionales Zentrum für postgraduale Ausbildung und Forschung, das zwei Masterprogramme für Politik und Sicherheit sowie für wirtschaftliche Governance und Entwicklung anbietet. Die Studenten kommen aus ganz Zentralasien und anderen Ländern; unter ihnen sind seit 2008 auch Studenten aus Afghanistan. Derzeit hat die OSZE-Akademie in Bischkek sechs Hochschulabsolventinnen aus Afghanistan und einen Studenten. Alumna of the year 2015 war eine Absolventin aus Afghanistan, Sakina Quasemi. Heute ist sie Dekanin der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Management am Gawharshad Institute of Higher Education (GIHE) in Kabul.



Eine neue afghanische Künstlergeneration: Das Kabul Art Project

Seit dem Sturz der Taliban im Jahr 2001 hat sich die Kunstszene Afghanistans wiederbelebt. In den Werken vieler junger Künstler spiegeln sich heute die Ereignisse der letzten Jahrzehnte in Afghanistan und die Herausforderungen, vor denen das Land heute steht. Immer noch haben sie mit einem weit verbreiteten Misstrauen gegenüber künstlerischen Ausdrucksformen zu kämpfen, insbesondere wenn sie von Frauen stammen.

„Öffentliche Ausstellungen von kritischen Kunstwerken finden fast nur in ausländischen Einrichtungen wie dem Institut Français oder dem Goethe-Institut statt“, stellt die Illustratorin und grafische Designerin Christina Hallmann aus Köln (Deutschland) fest. Vor zwei Jahren rief sie das Kabul Art Project zur Unterstützung von 11 Künstlern aus Kabul ins Leben. Dabei handelt es sich um eine Internetplattform, über die die Künstler mit Medien, Kunstsammlern, Galerien und Kunstliebhabern in Kontakt kommen können. Die Gruppe veranstaltet auch Ausstellungen, zuletzt in Penticton (Kanada) im Herbst 2015. „Es war die größte Ausstellung zeitgenössischer afghanischer Kunst, die jemals außerhalb Afghanistans gezeigt wurde“, so Hallmann.

Mittlerweile haben sich 26 Künstler dem Kabul Art Project angeschlossen. Drei von ihnen, ein Mann und zwei Frauen, erzählen uns über ihre Leidenschaften und ihre Sorgen.

Konzept, Recherche und Interviews von Natalia Gurova, Praktikantin in der Abteilung Kommunikation und Medienbeziehungen des OSZE-Sekretariats.



„Requiem“ © Hamed Hassanzada, mit dem Künstler

Hamed Hassanzada

Geboren in Kabul, 1987

Ich verbrachte meine Kindheit inmitten von Bürgerkrieg, Explosionen und Raketenfeuer. Chaos und Aufruhr waren an der Tagesordnung. Mit sieben oder acht Jahren begann ich zu malen. Als ich zehn war, musste meine Familie auswandern. Später kehrte ich nach Kabul zurück – in der Hoffnung, die globalisierte Gesellschaft hätte Afghanistan Frieden gebracht. Aber leider belasteten mich die Schrecken des Krieges noch mehr. Sie waren über die Stadt hereingebrochen und hatten Straßen und Alleen in Schlachtfelder verwandelt. Dennoch unterstützte ich die junge Kunstszene mit Kursen, Ausstellungen und Workshops. Ich erlebte einige kritische Situationen und mein Herz wurde bitter und schwer.

Ich glaube heute nicht an die abstrakte Kunst. Für mich ist die Form wichtig, sie ist meine Verbindung zur Welt. Mir liegen die Menschen und insbesondere die Menschen in Afghanistan am Herzen, und sie sind Gegenstand meiner Bilder. Ich denke, das afghanische Volk ist zwischen Tradition und Moderne gefangen und kämpft mit sich selbst. Es möchte frei werden, aber derzeit ist das nicht möglich. Ich suche nach Wegen, um diese Kämpfe in meiner Kunst darzustellen. Auf einem meiner Bilder sind vier Personen hinter Masken zu sehen – die Masken stehen vielleicht für die Tradition, hinter der sich das Moderne verbirgt, und zeigen uns die zwei Persönlichkeiten einer Person.

Eine Nation zu sein ist wichtig für Afghanistan, aber derzeit sind wir keine Nation. Bei uns gibt es verschiedene Volksgruppen wie die Tadschiken, Paschtunen, Usbeken oder Hazara, die einander nicht akzeptieren. In der Kunst geht es nicht um ethnische

Zugehörigkeit sondern um tiefe Emotionen; sie kann wie eine starke Brücke sein, die die Menschen zusammenbringt. Ich habe viele Freunde aus verschiedenen ethnischen Gruppen. Wir arbeiten gemeinsam an unseren Kunstwerken, diskutieren, organisieren Cafés und Galerien.

Freundschaft ist wichtiger als Politik. Die Menschen in Afghanistan sind sehr arm. Das Land ist zwar reich an Talenten und Bodenschätzen wie Erdgas, Öl und Edelsteinen, die sie aber nicht nützen können, da sie ständig von den Kriegsherren missbraucht werden. Sie arbeiten so hart, dass es kein Wunder ist, dass sie weder Zeit noch Geld für Kunst haben. Musik ist ihnen wichtiger: zu ihren Hochzeiten und Festen laden sie Musikanten ein, die für gute Stimmung sorgen. Bilder und Skulpturen jedoch machen ihnen Angst. In den Moscheen erklären ihnen die religiösen Führer, dass Portraits und Skulpturen nicht gottgefällig sind. Die meisten von ihnen halten diese Verbote ein. Aber es gibt auch ein paar, die sich zu interessieren beginnen und Ausstellungen und Galerien besuchen.

Eine neue Entwicklung lässt sich in Afghanistan beobachten, und ich hoffe, dass wir bald einen Wandel feststellen können. Menschen wie ich, Künstler, Dichter, Schauspieler, Film-regisseure, arbeiten hart – ohne Unterstützung von der Regierung oder der Bevölkerung – und tun etwas, woran sie glauben. Ich unterrichte am Zentrum für zeitgenössische Kunst in Kabul. Ich habe motivierte Studenten, die etwas lernen wollen – über Kunstgeschichte, experimentelle Malerei, Zeichnung und Skulptur. Kunst ist ihnen wichtig. Aber sie sind noch jung und wir müssen Geduld haben.

Malina Suliman

Geboren in Kandahar, 1990



© Malina Suliman

Die meisten meiner Kunstwerke sind politisch. Ich versuche den Menschen zu sagen: wacht auf und kämpft für eure Rechte! In Kandahar und Kabul machte ich Graffiti, malte oder fertigte Skulpturen zu den Themen Menschenrechte, Frauenrechte, Staatspolitik oder Korruption. Derzeit studiere ich in den Niederlanden und arbeite viel mit Performances. Meine letzte Performance in einem Museum handelte von den Übereinkommen Afghanistans mit Russland und Großbritannien über die Landesgrenzen, die Durand-Linie, davon wie Grenzen dazu eingesetzt wurden, um das Land zu entzweien. Einige meiner Arbeiten sind sehr konzeptuell. „Was ist Identität, was bedeutet sie wirklich? Was denkt ein Land über ein anderes?“ – das sind die Fragen, die ich stelle.

Künstler zu sein ist heute eine Herausforderung, besonders in Afghanistan. Für Frauen bedeutet es eine doppelte Herausforderung. In Afghanistan denkt man, eine Frau sollte zuhause bleiben. Selbst für Männer ist es schwierig, von ihren Familien als Künstler akzeptiert zu werden.

Ich bin praktizierende Muslimin, aber ich versuche einen Weg zu finden, wie ich meine Kunst mit der Religion vereinbaren kann. Skulpturen und Porträts sind nicht erlaubt. Aber es gibt Ausnahmen: die Regierung verwendet Fotos für Reisepässe. Wenn ich eine Skulptur zum Thema Menschenrechte schaffe, sehe ich sie nicht als Kultbild. Sie ist eine Möglichkeit, den Menschen eine Situation zu erklären, die sie lieber ignorieren würden. Manchmal kann man mit visuellen Dingen das Publikum rascher erreichen als mit langen Diskussionen. Klar, wenn ich eine Skulptur von einer nackten Frau mache, wird es fast unmöglich sein, sie auszustellen. Aber wenn sie einer Frau nur ähnelt, ist das ein Weg, nicht direkt gegen die Religion zu verstoßen.

Von den Niederlanden aus sehe ich Afghanistan aus einer anderen Perspektive. Ich würde gerne zurückkehren und einen künstlerischen Austausch zwischen den beiden Ländern aufbauen. Ich würde so gerne afghanische Frauen dazu motivieren, Gemeinschaften zur gegenseitigen Unterstützung zu bilden; ich würde so gerne optimistisch nicht nur in meine eigene sondern auch in die Zukunft Afghanistans blicken.

Die Afghanen müssen wissen, was in anderen Ländern geschieht – nicht nur auf politischer Ebene sondern auch im Alltag. Eines meiner Projekte handelte von den Wünschen der Menschen; dabei verglich ich die Träume der Afghanen mit denjenigen der Europäer. Die Afghanen wünschten sich Freiheit, Frieden und Sicherheit. Die Europäer träumten von anderen Dingen, wie etwa ihre Kinder öfter zu sehen, um mit ihnen zu essen oder die Zeit mit ihnen zu verbringen. In Afghanistan tun die Menschen das täglich.

Shamsia Hassani

Geboren in Teheran (Iran) als afghanische Staatsbürgerin,

Ich studierte Klassische Kunst an der Universität Kabul, wollte aber einen moderneren Ansatz finden und Kunst schaffen, die eine Botschaft vermittelt. Ich besuchte einen Graffiti-Workshop der britischen Künstlerin Chu, der von Combat Communications veranstaltet wurde, und ich begann wirklich so zu denken. Heute arbeite ich hauptsächlich als Graffiti- und Streetart-Künstlerin. Ich unterrichte weiterhin an der Universität, aber in meiner künstlerischen Tätigkeit bin ich frei. Mit meiner Arbeit reise ich um die ganze Welt; kürzlich stellte ich auf einer riesigen Mauer in Los Angeles ein Wandgemälde fertig.

Streetart ist für alle, jeder kann sich daran erfreuen. Ich male gerne auf Mauern von niedergerissenen Gebäuden. Sie zeugen von Krieg und Zerstörung und werden Teil meiner Arbeit. Die Menschen haben begonnen den Krieg zu vergessen, aber ich möchte an ihn erinnern, ihn auf die Wände malen, die schlechten Erinnerungen nehmen und Farbe in die Stadt bringen.

Die Hauptfigur in meiner Kunst ist eine Frau. Sie tut alles Mögliche, wie eine Filmfigur. Sie kommt, um die Dinge in eine positive Richtung zu verändern. Ich möchte die Menschen daran erinnern, dass Frauen verschiedene Rollen einnehmen und dass sie Teil der Gesellschaft sein können.

Meine Familie unterstützt mich, aber sie machen sich ständig Sorgen. Für eine Frau ist es schwierig, auf der Straße zu sein. Dreißig Minuten sind OK, aber ich kann nicht in einer halben Stunde etwas künstlerisch Hochwertiges malen, ich benötige dazu mindestens drei oder vier Stunden. Manchmal kommen Freunde mit mir, aber sie können natürlich nicht die ganze Zeit bleiben. So arbeite ich meistens alleine. Ich bin immer unsicher, ob mir nicht etwas zustoßen könnte. Viele Menschen mögen keine Kunst, sie denken, sie sei im Islam verboten. Meine Intuition hilft mir. Wenn ich das Gefühl habe, irgendwie in Gefahr zu sein, verlasse ich die Straße, auch wenn mein Kunstwerk noch nicht fertig ist.

Für mich ist Afghanistan wie eine Person, die während des Kriegs tot war und danach wiedergeboren wurde. Und jetzt wie ein Baby ist, das wachsen und gedeihen muss. Wir haben viele Probleme, die aus der Kriegszeit stammen: Bombenanschläge, Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, Belästigungen auf der Straße, Gewalt gegen Frauen. Künstler können auf indirekte Weise helfen. Sie können eine Änderung der Einstellung der Menschen bewirken, und die Menschen können die Gesellschaft verändern. Es ist ein langer und schwieriger Prozess.

Aus der Serie „Once upon a time“ © Shamsia Hassani



Vor 200 Jahren: Schlussakte des Wiener Kongresses vor 40 Jahren: Schlussakte von Helsinki

Vor zweihundert Jahren begaben sich hunderte Herrscher, Fürsten, Minister und Bevollmächtigte in die Hauptstadt des Habsburgerreiches Wien, um die Sicherheitsarchitektur Europas nach den Napoleonischen Kriegen und dem Sturz Napoleons zu gestalten. Die Wiener Kongressakte oder Schlussakte des Wiener Kongresses, wurde am 9. Juni 1815 im Palais am Ballhausplatz unterzeichnet. Nur einen Steinwurf weit entfernt debattieren in der Wiener Hofburg die 57 Teilnehmerstaaten der OSZE allwöchentlich über die europäische Sicherheit.

Ist die OSZE so etwas wie ein ständiger Wiener Kongress? Die zeitliche Nähe des 200. Jahrestages des Abschlusses des Wiener Kongresses und des 40. Jahrestages der Unterzeichnung des Grundlagendokuments der OSZE, der Schlussakte von Helsinki, im Juli vergangenen Jahres sei Anlass zu einem Vergleich. Sieht man sich die Dokumente genauer an, zeigt sich, dass die Unterschiede überwiegen.

Sowohl der Wiener Kongress als auch die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, die direkte Vorgängerin der OSZE, auf der die Schlussakte von Helsinki verabschiedet wurde) fanden in einer Zeit statt, als Europa tief gespalten war. Aber der Wiener Kongress wurde aufgrund einer vertraglichen Verpflichtung – dem Vertrag von Paris – einberufen und sollte die staatliche Neuordnung nach dem Krieg regeln. Ganz anders die KSZE, deren Delegationen sich freiwillig zusammensetzten, um nach Möglichkeiten zur Deeskalation eines offenen Konflikts, des Kalten Kriegs, zu suchen.

Auf dem Wiener Kongress wurden die Beschlüsse von den Siegern und einer ausgewählten Gruppe von Ländern gefasst; die Vollversammlung trat eigentlich nie zusammen. Die KSZE war von Anfang an eine inklusive Zusammenkunft, und auch heute fasst die OSZE ihre Beschlüsse nach dem Konsensprinzip.

Der Wiener Kongress war ein Kind der Reaktion, die dort agierenden Staatsmänner darauf erpicht, für die Zukunft auszuschließen, dass die Ideen der Französischen Revolution aufgegriffen und umgesetzt würden. Der Blick der Delegierten der KSZE war auf eine Vision künftiger Zusammenarbeit gerichtet, die auch noch heute die OSZE leitet.

Der Wiener Kongress war der Auftakt zu einer Epoche des Friedens zwischen den Staaten, unterdrückte jedoch die aufkeimenden Hoffnungen ihrer Völker, die sich in Revolten der Bürger entluden. Die KSZE anerkannte von Anfang an das Grundprinzip gleicher Rechte und der Selbstbestimmung der Völker. Die umfassende Sicherheit, die auch Menschenrechte und Grundfreiheiten mit einschließt, ist das bestimmende Konzept der OSZE.

Le Congrès danse, mais il ne marche pas – „Der Kongress tanzt, aber er kommt nicht vorwärts“. Dieser berühmte Satz des Fürsten Charles de Ligne, der den Wiener Kongress auf eine Kurzformel brachte, wird gerne zitiert. Da die Versammlung niemals zum Plenum zusammentrat, blieb vielen Delegierten reichlich Zeit für den Besuch von Kaffeehäusern und Tanzbällen.

Ganz anders das Leben der OSZE Delegierten. Abgesehen vom jährlichen Wohltätigkeitsball der OSZE ist ihr Arbeitsalltag in der Wiener Hofburg wesentlich prosaischer: wöchentliche Plenarsitzungen, tägliche Konsultationsgespräche, Arbeitsgruppen und Ausschüsse, die sich alle mit der Stärkung der vielen Aspekte der Sicherheit in Europa befassen. Kurz gesagt: A l'OSCE, on travaille – „Die OSZE arbeitet“.

Die Anregung zu diesem Artikel geht auf den Vortrag „Congress of Vienna and the OSCE: Parallel Lives?“ von Dr. Ioannis Stribis, Referent für juristische Fragen im OSZE-Sekretariat in Wien, zurück, den dieser am 1. September 2015 an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät Wien hielt.

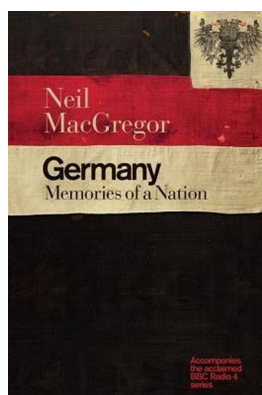


© Die Treuhänder des British Museum

Zur Lektüre empfohlen

Deutschland – Erinnerungen einer Nation, von Neil Macgregor

Neil Macgregors höchst originelles Werk über Deutschland beginnt mit einer Darstellung des Siegestores in München, das 1940 zur Erinnerung an den Heldenmut der Bayern in den Napoleonischen Kriegen errichtet wurde. Der Autor vergleicht das Siegestor mit ähnlichen Triumphbögen in anderen Städten, wie Paris und London. Was das Siegestor in München aus seiner Sicht so bemerkenswert macht, ist die Tatsache, dass andere errichtet wurden, um auf Augenblicke größter Erfolge zurückzublicken, während der Münchner Triumphbogen sowohl an den glorreichen Anlass seiner Errichtung als auch an die Umstände seiner



späteren Zerstörung erinnert. Er wurde im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigt, doch wurden bei der Restaurierung keinerlei Anstalten gemacht, auch die von Bomben zerstörten klassischen Reliefs vollständig wiederherzustellen. Stattdessen befindet sich dort eine nackte Steinfläche, an deren unterem Rand die Worte stehen: „Dem Sieg geweiht, vom Krieg zerstört, zum Frieden mahnend.“

Das sei bezeichnend für das deutsche Herangehen an die Geschichte, führt Macgregor aus. „Damit haben wir vielleicht am genauesten bezeichnet, welche Rolle Geschichte in Deutschland spielt: Sie liefert nicht nur ein Bild der Vergangenheit [wie dieser Triumphbogen], sondern führt das Vergangene entschieden und mahnend nach vorne, in die Zukunft.“

Deutschland – Erinnerungen einer Nation, eine Geschichte aus der Feder eines Engländers, der Direktor des British Museum war. Er erzählt sie – wie es einer Geschichte zukommt, die „unvermeidlich fragmentiert, gleichermaßen bereichernd wie verwirrend“ ist, anhand von Artefakten und Gebäuden, beginnend mit der Gutenberg-Bibel und endend mit dem Reichstagsgebäude in Berlin. Der Band enthält 160 Abbildungen und eine Reihe historische Landkarten. Aus dem Englischen von Klaus Binder. Beck, München 2015, 640 S.



Deutsches Sauerkraut?

Wer nach einem Nationalgericht der Deutschen sucht, wird sich schwertun. Die deutsche Küche ist eine Regionalküche. Hamburger Matjes (-Heringe) kennt man im Süden ebenso wenig wie Bayrische Knödel im Norden. Nach Ansicht der Dichter und Denker ist es jedoch das Sauerkraut, das man am ehesten als typisch deutsches Gericht bezeichnen könnte, beliebt in der Begleitung von Würstel und Bier.

Der schwäbische Dichter Ludwig Uhland (1787 – 1862) setzte ihm ein Denkmal, als er schrieb: „Auch unser edles Sauerkraut, wir sollen's nicht vergessen; ein Deutscher hat's zuerst gebaut, drum ist's ein deutsches Essen“.

Doch Uhland hatte nicht Recht, was die Herkunft des Sauerkrauts betrifft. Man nimmt nämlich an, dass es vor rund 1 000 Jahren aus der Mongolei kam, zusammen mit Dschingis Khan, nachdem dieser China überrannt hatte. Es schlug in ganz Europa Wurzeln, in Russland kennt man es als Kwaschenaja Kapusta, in Serbien heißt es Kiseli Kupus, in Polen Kwaszona Kapusta und in Litauen Rauginti Kopūstai; in der Tschechischen Republik isst man Kysané Zelí, in der Slowakei hingegen Kyslá Kapusta, und in Ungarn Savanyúkáposzta, in den Niederlanden kennt man den Zuurkool, der sich in Frankreich Choucroute nennt.

Typisch deutsch jedoch ist der Brauch, Sauerkraut am Silvesterabend zu verspeisen, dem alten Volksglauben zufolge, dass man sich damit für das neue Jahr eine volle Börse sichert. Trinken wir also auf das deutsche Sauerkraut und ein erfolgreiches Jahr 2016!

